Mittwoch, 18. Mai 1932
Nr. 115. Jahrg. 1932

Preis 10 Pfg.

Sächsische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Faschistischer Ministermord in Japan

Weitere Attentate der Offiziersverschwörer in Tokio — Ultimatum der Armee: Für den Krieg gegen die Sowjetunion — Kapitulation der Regierung — Vor Errichtung der Militärdiktatur!

Wie die bürgerlichen internationalen Presseagenturen melden, ist am Pfingstsonntag abend der japanische Ministerpräsident Inukai von Offizieren ermordet worden. Gleichzeitig waren Anschläge auf den Kriegsminister, den Außenminister und andere Würdenträger vorbereitet, und wurden Bombenattentate auf verschiedene öffentliche Gebäude verübt. Das ganze Land ist in ungeheuere Aufregung versetzt. Die Armee steht mit den Verschwörern, die der terroristisch-faschistischen Offiziersorganisation „Schwarzer Drache" angehören, und bereits in den vergangenen Monaten blutige Attentate gegen liberale und konservative Politiker verübten, in Verbindung. Unmittelbar nach dem Mord des Ministerpräsidenten stellte die Armee ein Ultimatum, und der Generalstab ernannte aus seinen Reihen einen neuen Kriegsminister. Der bisherige Kriegsminister, der nur noch durch einen Zufall der Ermordung entging und der Marineminister sind zurückgetreten. Der Kaiser hat zwar die Demission des Rumpfkabinetts abgelehnt. Es ist jedoch nur eine Beruhigungsmaßnahme. Die Dynastie und die Spitze ihrer Bürokratie wagt nicht mehr, gegen die Armee aufzutreten. Der Prinz Saiouji, der politische Berater der Krone, ein früherer Vertrauensmann der Militärfaschisten, soll die Verhandlungen über die Bildung einer „Nationalregierung" leiten. Er hat aber abgelehnt, da er nicht mehr das Vertrauen der Extremisten genießt. Die Regierung wagt nicht, das Standrecht zu verhängen. Die Forderungen der Kriegspartei sind:

Die Mandschurei den Japanern und Krieg der Sowjetunion!

In der Proklamation der Offiziersfaschisten, die in zahlreichen Stadtteilen verbreitet werden, heißt es: „Es lebe der Kaiser! Nieder mit der Korruption der Politiker! Nieder mit der Finanzoligarchie und mit den Klassenvorrechten! Um das Land zu retten, muß zur direkten Tat übergegangen werden. Wir sind Nationalisten, wir gehören weder der Rechten noch der Linken an. Wir wollen vor allem die Wiederaufrichtung der kaiserlichen Macht." Die Flugblätter sind unterzeichnet von der „Vereinigung junger Offiziere der Marine und Landarmee", der gleichen Vereinigung der „Todeshand", die schon vor längerer Zeit aufgedeckt, aber wegen ihrer Verbindungen mit den Spitzen der Armee nicht verfolgt worden ist.

Die unmittelbaren Konsequenzen des faschistischen Aufruhres sind noch nicht abzusehen, die Kapitulationsneigungen der Spitzen der japanischen Oligarchie zeigen aber, daß mit Konzessionen an das politische Programm der Verschwörer und des Generalstabs zu rechnen ist, und das bedeutet unmittelbare Verschärfung der Kriegsgefahr: Japan treibt unaufhaltsam dem Krieg gegen die Sowjetunion zu!

Kapitulation vor dem „schwarzen Drachen"

Tokio, 17. Mai 1932.

Der konterrevolutionäre Staatsstreich wurde seit Monaten erwartet. Im Januar und Februar fielen den Attentaten der „Todeshand" bereits der Finanzminister und der Direktor einer Großbank zum Opfer. Damals wurden zwanzig junge Intellektuelle der faschistischen Blutsbrüderschaft festgenommen, aber über die Untersuchung ist vollkommenes Stillschweigen bewahrt worden, da führende Offiziere der Armee und der Flotte der Geheimorganisation angehören. Die Aktion am Pfingstsonntag war die unmittelbare Antwort auf das zögernde Vorgehen der Regierung inSchanghai und in der Mandschurei. Die Internationalisierung Schanghais, die eben beschlossen worden war, und das vorsichtige Manövrieren der Regierung in der Mandschurei, die den Krieg gegen die Sowjetunion nach der Meinung der Verschwörer mit ungenügender Energie betrieb, führte zum Losschlagen.

Am Pfingstsonnabend nachmittag fuhr vor dem Ministerpräsidenten eine Gruppe von Marineoffizieren vor, die den Eingang des Gebäudes stürmte und den Ministerpräsidenten im ersten Stockwerk überfiel. Die Angreifer hielten Inukai, der aus Angst vor Attentaten eine Stahlweste trug, an den Armen fest, während sie ihm den Revolver vor die Schläfe setzten und abdrückten. Durch ein Schnellfeuer gesichert, das einen Ministerialbeamten tödlich verletzte, flüchteten sie.

Zu gleicher Zeit wurde die Polizeipräfektur ähnlich von Angehörigen eines Infanterieregiments angegriffen. Auf das Büro des Polizeipräfekten wurde ein Schnellfeuer abgegeben. Vier anwesende Personen, darunter ein Journalist, wurden schwer, einer tödlich verletzt.

Ein Kraftwagen, in dem sich drei Männer befanden, fuhr um die gleiche Zeit an der Nationalbank vorbei und warf in das Gebäude Bomben ab. Aehnliche Attentate wurden auf das Gebäude des Außenministeriums, das Hauptquartier der Konservativen Partei und die Bank Mitsubishi verübt. Sieben Polizisten, ein Offizier und Zivilisten wurden verletzt. Zwei frühere Mitglieder des Geheimbundes, die als Verräter galten, wurden gleichfalls erschossen. Die Polizei soll sieben Angehörige der Organisation verhaftet haben, als sie eben Japan verlassen wollten. Achtzehn weitere Angreifer haben sich der Polizei gestellt, verweigern aber, Erklärungen abzugeben. Fünf der Terroristen sind Marineaspiranten, die übrigen Marineschüler und Armeeangehörige. Auf einer schwarzen Liste des Geheimbundes finden sich zahlreiche Todeskandidaten. Die Regierung läßt erklären, daß es sich um entartete Patrioten handle, die aber dem Mikado „treu ergeben seien", wie die gesamte Armee. Die Kapitulation ist offenkundig!

Der wankende Yen

Die japanische Regierung hatte beschlossen, in der nächsten Parlamentssitzung eine Gesetzesvorlage einzubringen, die eine Regierungskontrolle über die Währung vorsieht, um eine Stabilisierung des Wechselkurses des Yen herbeizuführen. Es wird jedoch in diesem Zusammenhang erklärt, daß keine Regierungskontrolle des Handels mit dem Ausland beabsichtigt ist.

Der Blutzoll des japanischen Imperialismus

Das japanische Kriegsministerium gibt bekannt, daß bei den Kämpfen in Schanghai und in der Mandschurei insgesamt 1023 Offiziere und Soldaten getötet wurden. Die Zahl der Verwundeten beläuft sich auf über 3000. Die verlustreichsten Kämpfe spielten sich in Tschapei ab.

(Siehe auch 2. Seite)

Direktoriumspläne!

Schleicher — Brüning — Geßler

Von den machthungrigen Cliquen wurden die Pfingstfeiertage eifrigst ausgenützt. Eine Entscheidung ist jedoch noch nicht gefallen. „Groener bleibt", versichert man, aber gleichzeitig wird mitgeteilt, daß Brüning den General Schleicher empfangen hat, und von Schleicher erfährt man, daß er die Feiertage in eifrigen Unterhaltungen mit dem Reichsbankpräsidenten Schacht verbrachte. Der Gegenstand der Unterhaltung war die Vorbereitung eines Direktoriums mit Geßler, Schleicher und — Brüning als Außenminister! Man will versuchen, die Nationalsozialisten für diese Lösung zu gewinnen und sie dafür an der preußischen Regierung mit zu beteiligen. Auch ohne sie erwägt man eine Zeitlang auszukommen. Dann in Preußen mit einem Reichskommissar!

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung", das Sprachrohr der Reichsbahn und wichtiger Teile der Schwerindustrie, sagt, heute noch stehe die Mitbeteiligung der Nationalsozialisten an der Macht in Preußen zur Diskussion, wenn das auch kein erstrebenswertes Ziel für die radikale Strömung in der Nazipartei sei, so würde doch München dafür zu haben sein. Würden sich die Verhandlungen jedoch zerschlagen, so könnten sich die Aussichten für die Nationalsozialisten nur verschlechtern.

Das Brüning-Kabinett gilt bei ihr wie bei der „Bergwerkszeitung" so gut wie aufgegeben. Es „gleicht dem Berg von Cochem" von Zeit zu Zeit entstehen Risse in seinem Bau und ein mehr oder weniger wichtiger Bestandteil bröckelt ab."...

Die Nationalsozialisten bereiten sich für alle Fälle noch auf eine kurze Zeit der Opposition vor. Sie drängen auf die Einberufung des Reichstages, haben Berufung gegen die Urteile des Berliner Schöffengerichts eingelegt und ihr Preußenführer Kube veröffentlicht im „Angriff" einen bramarbarsierenden Aufsatz mit Drohungen an das Zentrum. Die Nationalsozialisten seien nicht so verhandlungssüchtig wie man denke, keine Parlamentswanzen, die jetzt Ruhe nach den Wahlkämpfen brauchen. „Wir werden unseren Führer und das Dritte Reich auch im Parlament nicht bloßstellen (!) wird man uns unser Recht vorenthalten, so werden wir das Zentrumskabinett in Preußen zu einer Neuwahl zwingen."

Es ist wie bei den Roßtäuschern, vorläufig spielen beide, noch dem Handel abgeneigt, beide gierig, ein möglichst großes Stück der Macht zu erreichen und zu erhalten.

Mittlerweile geht immer mehr kostbare Zeit verloren, die Sozialdemokratische Partei hofft immer noch auf ein geringeres Uebel, und die Kommunisten versagen darin, die sozialdemokratischen Arbeiter, unter denen es gärt, zu der großen eisernen, roten Front zu bringen, die nötig ist, um die verkappte Militärdiktatur, die Schrittmacherin einer unausbleiblichen faschistischen Diktatur, zu stürzen.

Gesamtrücktritt des belgischen Kabinetts

TU. Brüssel, 17. Mai 1932.

Heute nachmittag 5.30 Uhr faßte das belgische Kabinett den Beschluß, dem König den Gesamtrücktritt anzubieten. Ministerpräsident Renkin wird das Rücktrittsgesuch morgen früh überreichen. Man rechnet damit, daß der König Renkin beauftragen wird, ein neues Kabinett zu bilden. Weitere Einzelheiten über künftige Möglichkeiten lassen sich zur Zeit nicht geben. Man hört nur, daß der König bestrebt ist, auf jeden Fall eine Auflösung zu vermeiden, als sowohl die Wirtschaftskrise als auch das Sprachengesetz den radikalen Parteien einen unerhörten Auftrieb geben würde. Das Kabinett Renkin war ein katholisch-liberales Kabinett, das am 5. Juni 19[illegible] die Regierung übernahm und über die [illegible] age (Vlamen) scheiterte.

Zum Tokioer Aufruhr

Vertuschung der Verschwörung — und Kapitulation!

TU. Tokio, 17. Mai 1932

Der japanische Justizminister Sujuki hat die Präsidentschaft der Regierungspartei, deren bisheriger Präsident der ermordete Inukai war, angenommen. Das Kabinett demissionierte, aber seine Demission wurde vorläufig abgelehnt. Die Spitzen der Peers, die „älteren Staatsleute", wurden zu einer Sitzung beim Kaiser einberufen, der es ablehnte, das Standrecht zu verhängen. Der Chef des japanischen Generalstabs, Prinz Kanin, hatte eine Unterredung mit dem Kaiser, in der er die Forderungen der Armee überreichte. Die neue Regierung müsse überparteilich sein und einen festeren Schutz der japanischen Interessen treiben. Kriegsminister Araki und Marineminister Usuni sind zurückgetreten. Den neuen Kriegsminister hat der Generalstab ernannt. Das Kriegsministerium verbreitet, die Armee „bleibe unpolitisch" und werde sich nicht in das politische Leben einmischen. Es wird mit einer Ernennung des Justizministers zum Ministerpräsidenten gerechnet. Die verhafteten Attentäter werden vor ein Kriegsgericht gestellt. Zur Beruhigung wird verbreitet, es handle sich um verantwortungslose Mitglieder der Armee und Marine, „ohne große Anhängerschaft".

*

Ueber die Bedeutung des Faschistenaufruhrs in Tokio gibt es nur eine Meinung: **Die Kriegsgefahr ist im Fernen Osten damit unerträglich verschärft**, die weitere Katastrophenentwicklung noch gar nicht abzusehen!

Japan treibt, wenn es sich dem Ultimatum seiner Armee fügt — und alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die nationalistische Hetze die Oberhand gewonnen hat, unaufhaltsam dem Kriege zu!

Seine Schlappen in Schanghai und in der Mandschurei, wo die Macht der von den japanischen Machthabern eingesetzten Vasallenregierung fast gebrochen ist, wird das imperialistische Japan unter der Führung der Kriegspartei durch ein neues Abenteuer auszuwetzen versuchen: durch einen Angriff auf die Sowjetunion! Eine Art „Präventivkrieg", wie die bürgerliche Presse gelehrt sagt, steht bevor, um fertige Tatsachen zu schaffen, ehe die Sowjetunion in Sibirien eine industrielle Basis entwickelt hat, die spätere Angriffe aussichtslos macht. Zwei Divisionen sind bereits neu in Marsch gesetzt!

Die Sowjetunion hat noch am Ende der vergangenen Woche aufs neue ihre Bereitschaft erklärt, mit Japan den Frieden zu erhalten. Radek hat in der „Iswestija" aufs neue den Abschluß eines Nichtangriffspaktes vorgeschlagen. Die Antwort darauf gibt der Sturz der konservativen Regierung, die sich lange genug von den Kriegstreibern drängen und in Abenteuer stürzen ließ, ohne damit den extremistischen Wünschen gerecht zu werden, und deren Führer ermordet wurde, gerade als es den Anschein hätte, daß ein Zusammenstoß vermieden werden könnte! Gerade deswegen!

Während selbst die bürgerliche Presse die ganze Größe der Gefahr zugibt, kann man es erleben, daß der „Vorwärts" peinlich vermeidet, sie aufzuzeigen. Es handele sich nur darum, daß Japan sich große Teile Chinas einverleiben wolle. Und weil ihm das nicht gelungen sei, so „fordern die Offiziere ein anderes System". Die „sehr gehobene Stellung der Offiziere in einem Militärstaat sei allen älteren Mitteleuropäern noch gut in Erinnerung". Als ob die Vorstellung von der gehobenen Stellung der Offiziere in Deutschland einer „Erinnerung" bedürfe, als ob die Kriegspartei hierzulande nicht ähnlich wie in Japan nach der Macht drängte!

Mit unverhohlener Sympathie berichtet der nationalsozialistische „Angriff" über die Tat der „Nationalrevolutionäre" in Tokio, die sich als „Beauftragte eines ganzen Volkes", als „Fortsetzer einer, wenn auch noch so blutigen, so doch heiligen nationalen Tradition und als Vollstrecker eines Richterspruches fühlen, der in der ewigen Seele des Volkes selbst gefällt worden ist".

Der „Angriff" verteidigt die Mörder, die sich gegen eine „Politik der nationalen Würdelosigkeit" gewandt hätten. Es ist noch in frischer Erinnerung, daß vor einigen Wochen für Goebbels der japanischen Sprache kundige „Uebersetzer" gesucht worden waren. Japanische und deutsche Mordfaschisten bewundern sich nicht nur, sie arbeiten Hand in Hand. Deshalb ist auch in dieser Stunde die beste Verteidigung der Sowjetunion und des Erbes der russischen Revolution, — der entschiedene Kampf gegen die Kriegspartei in Deutschland, gegen die verbrecherischen Nationalsozialisten, die Verbündeten der Kriegshetzer und Mörder in Tokio.

Her mit der Einheitsfront!

Die Notwendigkeit der Einheitsfront aller proletarischen Kräfte und Organisationen ist angesichts des Faschismus so zwingend, daß selbst Gewerkschaftsorgane wie die „Metallarbeiter-Zeitung", sogar linksgerichtete bürgerliche Zeitungen dem Rechnung tragen müssen.

So bespricht die Berliner Beilage der „Metallarbeiter-Zeitung" vom 7. Mai den bekannten Aufruf der KPD sehr wohlwollend. Sie zitiert die Stelle, wo sich die KPD bereit erklärt, „mit jeder Organisation, in der Arbeiter vereinigt sind, gemeinsam zu kämpfen" und schreibt dazu:

„Im Angesicht dieser immer näher herannückenden Gefahr einer faschistischen Diktatur wächst die Rolle der proletarischen Parteien ins Unermeßliche. Sie, die Organisationen des Proletariats, sind auch heute noch die einzige Garantie zur Verhinderung der Hitler-Diktatur.

Ohne uns Illusionen zu machen, als ob von heute auf morgen die Einheitsfront der Arbeiter, das heißt die wirkliche, zum Kampf entschlossene Einheitsfront, hergestellt würde, . . . muß es unsere Aufgabe sein, mit allen Mitteln, mit der größten Eindringlichkeit das Gesamtproletariat für diese wirkliche Einheitsfront aufzurufen, niemanden zurückzustoßen, der bereit ist, gegen den Hitler-Terror zu kämpfen."

In der von der „Welt am Montag" veranstalteten „Rundfrage" spricht sich Kautski — selbstverständlich — gegen ein Zusammengehen mit der KPD aus. Ernst Toller dagegen schreibt:

„Es gibt nur ein Mittel, dem Ansturm des Faschismus zu begegnen: die einheitliche Organisation der gesamten Arbeiterklasse mit klar umrissenen, konkreten Kampfzielen. Schluß mit der Politik des kleineren Uebels, Schluß mit ideologischen Kompromissen an den Gegner, insbesondere in der Frage des Nationalismus. Damit wird die Brücke zum Faschismus gebaut, nicht zum Kommunismus. Voraussetzung für die wirkliche Entfaltung der Nation, nicht nur gewisser Schichten, ist der internationale Sozialismus.

Wird diese einheitliche Kampforganisation nicht geschaffen, gehen wir einer Periode des Faschismus entgegen, die Jahre dauern wird und an deren Ende der Krieg, nicht gegen Frankreich, sondern gegen Sowjetrußland steht."

Und der linksbürgerliche „Dortmunder Generalanzeiger" schreibt:

„Nach dem, was in den letzten Tagen geschehen ist, ist die Diktatur, sei es nun eine von Hindenburg und Schleichers oder eine von Hitlers Gnaden, kaum noch aufzuhalten. Es gibt nur noch einen Ausweg: Einigung der Arbeiterschaft der Linken und aller demokratischen Republikaner zur gemeinsamen Abwehr dieser Diktatur... Wenn der Wille zu dieser Einigung vorhanden wäre, wäre auch der Weg noch nicht ganz verschüttet."

Straßenkämpfe und Standrecht in Bombay

70 Tote, — über 1000 Verwundete — Opfer der religiösen Verhetzung — Englische Truppen feuern in die Kämpfenden um die „Ruhe wiederherzustellen"

TU. Bombay, 17. April 1932

Zwischen Mohammedanern und Hindus ist es hier zu schweren Straßenkämpfen gekommen. Die Krankenhäuser sind mit den Verletzten überfüllt. Der Verkehr ist vollkommen lahmgelegt. Viele Telephon- und Telegraphen-Verbindungen sind zerschnitten. Die Kämpfenden äscherten ganze Häuserblocks vollkommen ein, stürmten Tempel und Moscheen, beschädigten diese schwer und plünderten Hunderte von Läden vollkommen aus. Obwohl englische Truppen und Polizisten in den gefährdeten Quartieren aufgestellt sind, gehen die Unruhen weiter. Die Lage ist äußerst gespannt. Beide Parteien befinden sich in einem Zustand von Fanatismus und begehen ihre Taten in einer Art religiösem Wahnsinn.

Der Anstoß zu den Unruhen erfolgte am Sonnabend in einem Café, wo zwei mohammedanische Knaben von Hindus geschlagen wurden, als sie um eine Gabe für ein mohammedanisches Fest baten. Die Nachricht von dem Vorfall verbreitete sich blitzschnell. Von allen Seiten strömten Tausende von Mommedanern herbei, um Rache zu nehmen. In Bhendy-Bazar wurden viele Häuser in Brand gesteckt. Dabei spielten sich herzzerreißende Szenen ab. Frauen und Kinder kamen in den Flammen um oder wurden von den religiösen Feinden gesteinigt oder erdolcht, wenn sie die brennenden Häuser verließen. Der Nordteil der Stadt glich einem Schlachtfeld. Die Hindus und Mohammedaner griffen sich mit Messern, Stöcken, Steinen, Säbeln und Flaschen an. Die Polizei mußte das Feuer auf die Kämpfenden eröffnen, die viele Tote zurückließen, als sie in wilder Panik flüchteten. Sie sammelten sich jedoch immer wieder. Am Sonntag hielten die Kämpfe während des ganzen Tages an. Viele Straßenbahnwagen wurden mit Steinen beworfen und schwer beschädigt. Ganze Warenhäuser wurden vollkommen ausgeplündert und die Waren auf die Straßen geworfen und dort angezündet. Die Erregung der Menge steigerte sich immer mehr und war durch keinerlei polizeiliche Maßnahmen, auch nicht durch das Eingreifen des Moslem-Führers Schaukat Ali, aufzuhalten. Die Hindus und Mohammedaner steinigten sich gegenseitig auf offener Straße zu Tode oder sie drangen in die Häuser ein und erdolchten die Andersdenkenden. In den frühen Morgenstunden des Montags entwickelten sich neue Kämpfe, die bis zum Nachmittag schon 12 Todesopfer und annähernd 100 Verwundete kosteten.

TU. Bombay, 17. Mai 1932.

Die Zahl der Todesopfer hat sich am Montag auf 64 erhöht, während sich die Zahl der Verwundeten auf annähernd 1000 beläuft. Am Montag allein wurden 32 Personen getötet und 286 verwundet. Trotz des Einsatzes von Truppen und Polizei wird die Lage immer gespannter. Aus Poona trafen ein englisches Infanteriebataillon und eine Panzerwagenabteilung ein, die nunmehr die betroffenen Stadtteile zusammen mit starken Polizeiabteilungen kontrollieren. Die Polizei hat bisher insgesamt 20 mal das Feuer auf die Kämpfenden eröffnet. In den meisten Fällen ist sie jedoch machtlos, da die Ueberfälle sehr rasch und unerwartet durchgeführt werden. Die Mohammedaner verstecken sich meist in Hauseingängen, stürzen sich von dort auf vorbeigehende Hindus und erdolchen sie mit fanatischer Grausamkeit. Die Geschäfte sind fast alle geschlossen. Tausende von Familien ziehen aufs Land, während andere sich in ihren Häusern verschanzen und die Türen verbarrikadieren. Ueber 50 Häuser sind vollkommen eingeäschert. Die Feuerwehren sind dauernd unterwegs, um eine Ausbreitung der Brände zu verhüten.

TU. Bombay, 17. Mai 1932.

Ueber Bombay ist das Standrecht verhängt worden. Ein Teil der englischen Reservisten wurde alarmiert.

Die furchtbare Metzelei zwischen Mohammedanern und Hindus in Bombay, die der religiösen Verhetzung zuzuschreiben ist, kommt den englischen Imperialisten sehr gelegen. Die indische revolutionäre Bewegung hat in den letzten Jahren verstanden, den selbstmörderischen Bruderkampf zwischen mohammedanischen und hindustanischen Indern einzudämmen. In Bombay ist jetzt der alte Gegensatz wieder aufgebrochen. Man wird nähere Berichte abwarten müssen, die vielleicht ergeben werden, daß Provakation der Kolonialherschaft, wie schon in früheren blutigen Religionskämpfen, auch jetzt wieder die Hand im Spiele hat. Jedenfalls muß das Ergebnis der Straßenschlachten in Bombay ein schwerer Rückschlag der indischen Freiheitsbewegung sein.

Auch hier Provokation?

TU.Sofia, 17. Mai 1932.

Am Montagabend wurde der Präsident des mazedonischen Nationalkomitees legaler Minderheitsverbände, Dimiter Michailoff, auf der Straße von einem bisher unbekannten Täter durch drei Revolverschüsse getötet. Der Täter ist in einem Kraftwagen entkommen.

In führenden mazedonischen Kreisen herrscht große Aufregung, weil vor wenigen Wochen der Kongreß der revolutionären Imro Amnestie für alle Gegner beschlossen und dadurch den Bruderkampf durch Waffenruhe beendet hatte. Die Waffenruhe ist jetzt durch die Ermordung des höchsten Vertreters der legalen Verbände gestört. Das Wiederaufleben von Vergeltungsmaßnahmen ist unausbleiblich. Die Polizei sperrte das ganze Stadtviertel ab und besetzte sämtliche Stadtausgänge. Bis in die späten Nachtstunden konnte keine Spur von dem Täter entdeckt werden.

Einheitsfront gegen 40-Stunden-Woche

Der Pressesturm gegen die Einführung der 40-Stunden-Woche hält noch immer an. Es sind auch längst nicht mehr nur die wirklichen Scharfmacherorgane vom Schlage der „Deutschen Bergwerkszeitung", die sich daran beteiligen, sondern auch die sogenannte Demokratenpresse, die gestern noch als Trommler für die Eiserne Front auftrat, bläst Alarm. So schreibt beispielsweise die „Frankfurter Zeitung" wörtlich:

„Die ganze Angelegenheit wäre wahrscheinlich schon ad acta gelegt, wenn an dem Begriff der Vierzigstunden-Woche nicht bereits das ganze Schwergewicht einer recht heftigen gewerkschaftlichen Agitation hinge und wenn man die Forderung nicht allmählich zu einer Frage des politischen Prestiges gesteigert hätte. **In einem politischen Sinne aber darf diese Frage nicht entschieden werden. Es ist in diesem Augenblick nicht erträglich, der Wirtschaft aus politischen Gründen neue Belastungen aufzuerlegen!"**

Diese allgemeine Hetze gegen die Vierzigstundenwoche hat auch bereits Erfolge zu verzeichnen. Der ursprünglich geplant gewesene Wortlaut ist schon der Gegenstand von „Korrekturen", von denen die „Dtsche. Bergwergks-Ztg." versichert, „daß die hauptsächlichsten Bedenken gegen sie aus dem Wege geräumt werden." Im Irrtum befindet sich aber, wer glauben wollte, daß das Unternehmertum darob zufrieden sei. „Der Widerstand der Wirtschaft", also diktiert die „Deutsche Borgwerks-Ztg." dem Arbeitsminister, „richtet sich gegen jegliche schematische Verkürzung der Arbeitszeit überhaupt. Kompromisse sind unmöglich."

Nazipräsident in Anhalt

T.U. Dessau, 17. Mai 1932.

Der neugewählte anhaltische Landtag trat am Donnerstag nachmittag unter ungeheurem Andrang des Publikums zu einer konstituierenden Sitzung zusammen. Als Präsident wurde mit den 20 Stimmen der Rechten der Nationalsozialist Rechtsanwalt Dr. Nicolai-Dessau gewählt. Die Sozialdemokraten enthielten sich der Stimme!! Die Kommunisten schlugen den Abgeordneten Kmiec vor, der drei Stimmen erhielt. Der Posten des ersten Vizepräsidenten wurde (dafür! D. Red.) der zweitstärksten Fraktion, den Sozialdemokraten, zugebilligt. Gewählt wurde der bisherige Präsident, Abg. Paulick. Zweiter Vizepräsident wurde der deutschnationale Abg. Dr. Graf-Osmersleben. Auch der Aeltestenbeirat wurde paritätisch gewählt.

Jubiläum bei Sklareks

Am Sonnabend gab es wieder ein Jubiläum im Sklarek-Prozeß. Der **hundertste Sitzungstag** war erreicht. Doch jetzt nähert sich der Riesenprozeß seinem Ende.

Am Mittwoch haben die Plädoyers der Staatsanwälte begonnen. Der Oberstaatsanwalt Freiherr von Steinäcker nannte den Sklarekprozeß einen „in der Geschichte der deutschen Rechtspflege einzigartigen Prozeß." Er erklärte, **daß die Schuld sämtlicher Angeklagter im wesentlichen erwiesen sei** und konnte es sich nicht verkneifen, die Herkunft der Sklareks zu einigen **nationalistischen Seitenhieben** zu benutzen. Der Staatsanwaltschaftsrat Dr. Weißenberg behandelte dann die Beschuldigungen gegen den Köpenicker Bezirks-Bürgermeister Kohl, den Stadtamtmann Sakolofski und den ehemaligen Stadtrat Gäbel. Er betrachtete es als erwiesen, daß Kohl die Sklareks systematisch begünstigt und unter anderm den Kaufpreis des Warenlagers der KVG. eigenmächtig um 15 000 Mark gesenkt habe. Dem Stadtamtmann Sakolofski wird unter anderm vorgeworfen, als Liquidator der KVG. einen falschen Bericht erstattet und das Vorgehen des durch Selbstmord verstorbenen Stadtrats Schüning begünstigt zu haben. Dem ehemaligen Stadtrat Gäbel wird vorgeworfen, 30 000 Mark (?) Zuwendungen erhalten zu haben.

Am Sonnabend, dem 100. Verhandlungstag, wurde nochmals in die Beweisaufnahme eingetreten, um den Pelzhändler Turgel zu vernehmen, der hauptsächlich über die Hypotheken-Angelegenheit für das Kohlsche Grundstück vernommen wurde. Hierbei bekam **Leo Sklarek zum drittenmal in den letzten Tagen einen heftigen Tobsuchtsanfall,** bei dem er die Richter, den Staatsanwalt, seinen Rechtsanwalt und den mitangeklagten Stadtbankdirektor Hoffmann heftig anschrie. Der Sachverständige, Sanitätsrat Dr. Leppmann, der nachdem über den Geisteszustand Leo Sklareks vernommen wurde, **erklärte ihn jedoch für zurechnungsfähig.**

Die Plädoyers sollen am Mittwoch und Freitag nächster Woche fortgesetzt werden, **am 23. Mai sollen dann die Strafanträge folgen.**

Unglücks-Pfingsten

Eisenbahnunglück in Bremen

D-Zug 97 Köln—Altona entgleist — Zwölf Verwundete

Bremen, 17. Mai 1932.

Am 2. Pfingstfeiertag, gegen 12,50 Uhr, ereignete sich kurz vor dem Hauptbahnhof Bremen ein schweres Eisenbahnunglück, bei dem zwölf Reisende zum Teil schwer verletzt wurden. Von dem D-Zug Nr. 97 Köln—Altona entgleisten einige hundert Meter vor dem Hauptbahnhof der Speisewagen und ein Wagen erster und zweiter Klasse. Der Zug war infolge des Pfingstverkehrs überaus stark besetzt. Nach den bisherigen Feststellungen ist das Unglück darauf zurückzuführen, daß sich infolge der starken Hitze die Eisenbahnschienen über das normale Maß hinaus durchgebogen hatten.

Ueber das Unglück werden noch folgende Einzelheiten bekannt:

Der Zug zerriß in zwei Teile. Der vordere Zugteil konnte nach etwa 150 Metern von dem Lokomotivführer zum Halten gebracht werden. Es ist ein Wunder, daß der Personenwagen erster und zweiter Klasse nicht die 15 Meter hohe Böschung hinabgestürzt ist. Lediglich dem Umstand, daß sich der hintere Teil des Wagens an dem Brückenkopf festhakte, ist es zu danken, daß der im übrigen völlig demolierte Wagen auf dem Bahnkörper blieb. Der Speisewagen fuhr noch einige 20 Meter weiter, wobei die rechte Seite des Wagens von dem Brückengeländer völlig abrasiert wurde; auch der Speisewagen blieb glücklicherweise auf dem Bahnkörper stehen, nachdem er aus den Schienen geworfen worden war. Das Innere des Wagens bietet ein wüstes Bild der Zerstörung. Die Kücheneinrichtung, Flaschen, Geräte, Klappstühle und Handgepäck der Fahrgäste bilden einen großen Trümmerhaufen. Wie heftig der Anprall war, geht daraus hervor, daß die Schienen völlig verbogen und geknickt wurden, wobei sich Schienenteile in den Speisewagen hineinbohrten.

Wolkenbruch im Moseltal

Koblenz, 17. Mai 1932.

Am zweiten Pfingstfeiertag nachmittags ereignete sich an der unteren Mosel eine schwere Wolkenbruchkatastrophe, die unermeßlichen Schaden anrichtete. Der Wolkenbruch ergoß sich über dem Winninger Berg so stark, daß die Felder und Berghänge abgespült und die gesamte Aussaat vernichtet wurde. Die Wassermassen durchfurchten die Felder in einer Tiefe, daß man glaubte, Schützengräben vor sich zu haben. Insbesondere in der Gemeinde Güls ist der Schaden unermeßlich. Dort drangen Schlamm- und Geröllmassen meterhoch in die Straßen ein und brachten Häuser zum Einsturz. Viel Vieh, insbesondere Schweine und Kleinvieh ist in den Geröll- und Schlammmassen umgekommen. Die Zahl der Toten und Verletzten ist noch nicht zu übersehen, da der Verkehr nach den betroffenen Gemeinden völlig abgeschnitten ist und die Telephonleitungen zerstört sind.

Von der Untermosel weiter einlaufende Nachrichten bestätigen, daß es sich um ein Unglück größten Ausmaßes handelt. Das Gelände, das von dem Wolkenbruch betroffen wurde, erstreckt sich noch über Winningen hinaus bis etwa Hatzenport dem bekannten Weinort. Von Reisenden, die mit der Eisenbahn moselabwärts gekommen sind, wird berichtet, daß in der Gegend von Hatzenport der Wolkenbruch die Weinberge auf weite Strecken vollständig verschlammt hat. Zwischen Güls und Winningen hat die Höhe der Wassermassen, die sich über eine Stunde lang, mit Geröll vermischt, zu Tal wälzten, drei Meter betragen. Dazwischen befanden sich totes Vieh, Scheunenteile wie Scheunentüren und -dächer, und Hausrat. Zahlreiche Mauern sind durch die Wassermassen eingedrückt worden. Auch der Bahndamm wurde in Mitleidenschaft gezogen. Von Rübenach wird gemeldet, daß dort der Damm der Maifeld-Bahn durchbrochen worden ist. Der Zugverkehr ist unterbrochen. Aus Güls wird gemeldet, daß die Wassermassen den auf einem Berghang gelegenen Friedhof zum größten Teil abgeschwemmt haben, so daß Särge und Leichen freigelegt wurden. Bis 24 Uhr waren vier Tote geborgen, und zwar eine Frau mit ihren drei Kindern, die beim Einbruch des Unglückes sich von der Straße in eine Waschküche flüchteten und dann von den einstürzenden Trümmern begraben wurden. Vermißt werden noch verschiedene Personen.

Bis Dienstag früh 1 Uhr wurden im Unwettergebiet an der Mosel fünf Tote geborgen. Außer den vier bisher gemeldeten wurde noch ein elf Jahre alter Knabe gefunden. Ein pensionierter Eisenbahnbeamter, der sich kurz vor dem Einsturz seines Hauses in das Gebäude begeben hatte, wird noch vermißt. Wie die Reichsbahn mitteilt, wurden durch den schweren Wolkenbruch zwischen Rübenach und Metternich die Gleise der Strecke Mayen—Koblenz unterspült und der Zugverkehr unterbrochen.

Paris 17. Mai 1932.

Ein schweres Automobilunglück ereignete sich am Sonnabend nachmittag in der Nähe von Reims. Ein mit 10 Personen besetztes Auto überfuhr die Bahngleise an einer Schranke, die nicht geschlossen war, wurde von einem Personenzug angefahren und einige hundert Meter weit mitgeschleift. Die fünf Insassen waren auf der Stelle tot.

Meran, 17. Mai 1932.

Bei Mals stürzte ein mit 35 Personen besetzter Autobus, der von dem Besitzer Schnepper aus Forchheim gelenkt wurde, in einen Graben. Fast alle Insassen wurden schwer verletzt, einige von ihnen lebensgefährlich. Einem der Verunglückten mußten im Krankenhaus Meran beide Beine abgenommen werden.

Französischer Passagierdampfer in Flammen

Paris, 17. Mai 1932.

Der französische Passagierdampfer „Georges Philippart" mit etwa 600 Passagieren an Bord hat im Golf von Aden Feuer gefangen. Das Schiff hatte Marseille am 26. Februar nach Jokohama verlassen.

*

In Paris liegen am Dienstag morgen nur spärlich Nachrichten von Bord derjenigen Schiffe vor, die sich an der Unglücksstelle der „George Philippart" im Golf von Aden befinden. Die Agentur Havas veröffentlicht lediglich ein Telegramm aus Aden, nach dem der russische Dampfer „Sowjetskaja" 400 Mann Besatzung und Passagiere übernommen hat und am Mittwoch in Aden eintrifft. Ein Telegramm der halbamtlichen französischen Agentur aus Rom besagt, daß das italienische Marineministerium am Sonntag nachmittag eine Nachricht erhalten habe, wonach 765 Mann der Besatzung des brennenden Schiffes gerettet worden seien. Ob und wie hoch die Zahl der Opfer ist, läßt sich im Augenblick noch nicht festhalten, da die Passagierlisten in Marseille noch nicht eingegangen sind. Da jedoch die Besatzung 500 Mann betrug und die Passagiere auf 600 geschätzt werden, rechnet man mit insgesamt 1100 bis 1200 Personen, die nach den Radiosprüchen der englischen Hilfsschiffe fast alle gerettet sein dürften. Der englische Dampfer „Kaiser I. Hind" sandte einen Funkspruch folgenden Inhalts: „Die gesamte Besatzung und alle Passagiere gehen nach Aden." Der russische Dampfer „Sowjetskaja" funkte seinerseits, daß er Mittwoch in Aden eintreffe, und daß die brennende „George Philippart" verlassen worden sei. Auch am Dienstag mittag sind in Marseille oder Paris noch keine direkten Nachrichten von Bord derjenigen Schiffe eingetroffen, die sich an den Rettungsarbeiten beteiligt und um die Passagiere und die Besatzung der „Georges Philippar" bemüht haben.

*

Französische Zeitungen kolportieren das Gerücht, daß der Dampfer „Georges Philippart" einem kommunistischen (!) Anschlag zum Opfer gefallen sei. Offenbar handelt es sich um eine der üblichen antibolschewistischen Hetznachrichten, da für die verzeichnete Behauptung keinerlei Anhalt gegeben ist.

Der Autotod

Osterode, 17. Mai 1932.

Ein Lieferkraftwagen unternahm am Sonntag nachmittag mit 28 Ausflüglern eine Fahrt von Goslar zur Sösetalsperre bei Osterode. In einer der vielen Kurven zwischen Dammhaus und Kamschlacken stürzte der Wagen um, alle Fahrgäste unter sich begrabend. Vier von ihnen waren sofort tot. Die übrigen 24 trugen teils schwere, teils leichtere Verletzungen davon. Sie wurden ins Krankenhaus Clausthal-Zellerfeld eingeliefert. Zwei sind dort gestorben.

Wie der Kraftwagenführer erklärt, ist das Unglück darauf zurückzuführen, daß plötzlich, als sich das Ausflüglerauto in steiler Abfahrt befand, die Bremsen rissen. Der Wagen fuhr mit einer Geschwindigkeit von etwa 60 bis 80 Kilometer. Um das Schlimmste zu verhüten und den Absturz in einen Abgrund zu vermeiden, hat der Chauffeur den Wagen gegen einen Hang auf der linken Straßenseite gesteuert. Von hier aus rollte er zurück und überschlug sich.

Nürnberg, 17. Mai 1932.

Am Pfingstmontag gegen 20 Uhr stieß ein Personenkraftwagen mit einem Motorrad zusammen und rannte in eine Menschenmenge, die an der Straßenbahnhaltestelle Ecke Waldlust- und Regensburger Straße wartete. Dabei wurden elf Personen zum Teil schwer verletzt. Bei einem der Verletzten wird mit dem Ableben gerechnet.

Opfer der Berge

München, 17. Mai 1932.

Am Pfingstmontag stürzten am Wiesbachhorn die Münchener Bergsteiger Toni Schmidt, der im Vorjahr mit seinem Bruder die Matterhorn-Nordwand erstmals durchkletterte, und Ernst Krebs ab. Toni Schmidt ist tödlich verunglückt, Krebs schwer verletzt. — Am Pfingstsonntag stürzte am Jochberg bei Kochel ein Münchener Tourist namens Hans Bleixner tödlich ab. — Im Wilden Kaiser stürzte der Student Siegfried Grünebaum aus München unterhalb der Steinernen Rinne ab. — An der Gimpel-Südwand verunglückten tödlich durch Absturz Waldemar Wange und Georg Hübel aus Kaufbeuren. — Am Piz Buin in der Silvretta-Gruppe stürzte ein gewisser Michael Frank aus Lindau am Bodensee tödlich ab. — An der Roten Wand bei Schliersee stürzte Ludwig Lehner aus Pasing bei München ab. — Aus Lenggries wird gemeldet, daß auf dem Latschenkopf bei Benedictbeuren der Tourist Karl Meier aus Pasing mit einem in seiner Begleitung befindlichen zehnjährigen Knaben abgestürzt ist. Während der Knabe tot liegen blieb, wurde Meier schwer verletzt.

Großfeuer bei Krupp

Essen, 17. Mai 1932.

In den frühen Morgenstunden des Dienstag entstand im Steinwerk der Firma Krupp in der Frohnhauser Straße ein Großfeuer, das bis 8 Uhr noch nicht gelöscht werden konnte. Der Sachschaden ist bedeutend. Personen sollen nicht zu Schaden gekommen sein.

*

Das Feuer im Steinwerk der Kruppschen Gußstahlfabrik entstand in der sogenannten Steindörre der Chamotte-Steinformerei, einem Gebäude von 80 Meter Länge, 50 Meter Breite und 10 Meter Höhe. Der Brand wurde erst bemerkt, als der größte Teil der Dörre bereits in hellen Flammen stand. Die Kruppsche Berufsfeuerwehr konnte das Feuer auf seinen Herd beschränken und die angrenzenden Gebäude schützen. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt. Die Ursache des Brandes konnte noch nicht festgestellt werden, doch erscheint Selbstentzündung nicht ausgeschlossen. In der Steindörre werden die sogenannten Dolomitsteine gedörrt, die zum Bau von großen Schmelzöfen für Metalle verwendet werden.

Unser Dienst am Raucher:

Die Verwendung feinster aromatischer Tabake

und die gewissenhafte Betreuung durch anerkannte Fachkräfte im ganzen Herstellungsgang

bringt als Ergebnis für

JUNO

höchste Qualität!

Dieses Princip können wir aufrechterhalten, weil wir keine Wertmarken, Gutscheine oder Stickereien beilegen.

Die große Juno-Gemeinde, Millionen Raucher umfassend, anerkennt die Richtigkeit unseres Handelns!

Das Alter der Erde

Von Edmund Finke

Ueber das Alter der Erde kursieren die verschiedensten Meinungen und Hypothesen. Der Laie wird auf diese Frage nur selten eine annähernd richtige Antwort geben können, ganz abgesehen von einer wissenschaftlichen Begründung der von ihm angegebenen Zeitdauer.

In erster Linie ist es notwendig, festzuhalten, daß das Alter der Erde nicht berechnet wird von jener Epoche an, in der sich unser Planet noch im Geburtszustand befand, d. h. eine feurigflüssige Masse ohne variable geologische Formen war, sondern von dem Millionen Jahre umfassenden „Moment", da die abgekühlte Erdoberfläche feste Gestalt angenommen hatte und Leben auf ihr entstanden war. Denn das Alter der Erde ist überhaupt nur abzuschätzen, zu messen und festzulegen nach den Gesteinsarten und ihrer Lagerung, ferner nach den Fossilien und Versteinerungen längst vergangener pflanzlicher und tierischer Lebensformen. Auf diesen beiden Grundlagen erst ist es möglich, eine annähernd zuverlässige Reihenfolge der geologischen Geschehnisse und Ursachenzusammenhänge aufzustellen.

Bei diesen Untersuchungen handelt es sich nicht um das absolute Alter der Gesteine, sondern um das relative, worunter das gegenseitige Zeitfolgeverhältnis der Erdschichtungen zu verstehen ist. Jede Schichtung, jede Gesteinsfaltung der Erdrinde vertritt notwendigerweise eine während ihrer Ablagerung, während ihres Zustandekommens vor sich gegangene zweite Formänderung irgendwo auf Erden. Denn einer positiven Schichtbildung entspricht naturgemäß anderswo eine Abtragungsfläche. Die Themse z. B. trägt jährlich zwei Millionen Tonnen Boden ins Meer hinaus, die in der Nordsee abgelagert werden.

Die für eine bestimmte erdgeschichtliche Zeit besonders charakteristischen Tier- und Pflanzenüberreste werden Leitfossilien genannt, weil sie dem Geologen beim Auffinden der betreffenden Schichten sofort angeben, auf welche Stufe der Gesamtzeitskala das in Frage stehende Gestein zu stellen ist. Unter den niederen Meertieren bezeichnen gewisse Krebsformen, die Trilobitenkrebse, sehr alte in der Zeitskala zutiefst liegende Schichtungen, auch wenn gegenwärtig das Gestein ganz oben an der Erdoberfläche läge. Die sogenannten Ammonshörner (ausgestorbene Kopffüßler) kennzeichnen erdmittelalterliche Schichten, gleichgültig, ob sie an der Erdoberfläche oder tief unten aufgefunden werden. Fossile Röhrenschnecken charakterisieren die Erdneuzeit.

Die Epochen der Erdzeitalter, als da sind die Erdneuzeit, die das Alluvium, Diluvium und Tertiär mit einer Ablagerungsschicht von zirka 22 000 Meter umfaßt, das Erdmittelalter mit Kreide, Jura und Trias (zirka 27 000 Meter), das Erdaltertum mit Perm, Karbon, Devon, Silur und Kambrium (zirka 57 000 Meter), die Erdurzeit (zirka 60 000 Meter) stellen sich durch die in ihnen enthaltenen Fossilien dem Geologen als Etappen in der Entwicklung des Lebens dar, eine Entwicklung, deren Gesetzmäßigkeit die Zeiten überhaupt erst voneinander unterscheiden läßt.

Die Bezeichnungen „Kreide" oder „Karbon" besagen nicht, daß sich damals nur Kreidegestein oder nur Steinkohle niederschlug, sondern sie sind gewählt worden, weil diese Zeit am besten in unseren europäischen Kreideschichten beziehungsweise Steinkohlen erkannt wurde.

Das erdgeschichtliche Zeitschema ist in erster Linie den vorweltlichen Flachmeerablagerungen (das heutige Bayern war ein solches Flachmeer) entnommen, weil diese die allerreichste Fossilführung, die am schnellsten von den damals rasch erhärtenden Sedimenten eingeschlossenen Tier- und Pflanzenüberreste aufweisen.

Aus der Dicke der Ablagerungsmächtigkeiten der Formationen des Erdaltertums in Nordamerika nach einem Vergleich mit heutigen Sedimentanhäufungen, wie sie in jedem Gebirge, Schutthalden, Flußläufen und -mündungen zu beobachten sind, hat man für das Erdaltertum einen Ablagerungszeitraum von 18 Millionen Jahren, die seit damals insgesamt vergangene Zeit mit 27 Millionen Jahren angesetzt. Das sind natürlich nur sehr zweifelhafte Zahlen, denn niemand weiß, was seit damals an Bodenbewegungen, Gebirgsfaltungen, Klimaänderungen, kosmischen Einflüssen auf Erden vorgegangen ist.

Nach den tonigen Schichtungen in Südschweden hat man das Ende der letzten Eiszeit, ca. 10 000 Jahre v. Chr., anzunehmen.

Neuerdings hat es die Fachwissenschaft unternommen die Periodizität der Sonnenstrahlung (Wärmeschwankungen, Sonnenflecken, Aenderungen der Lage der Erdachse) mit Intervallen eiszeitlicher und nacheiszeitlicher Ablagerungen und Abtragungsflächen in Zusammenhang zu bringen, und mit der Dauer der Eiszeitphasen auch die der ganzen Diluvialzeit zu berechnen. Nach diesen Beobachtungen der Strahlungsschwankungen der Sonne würde die ganze Eiszeit in Mitteleuropa ca. 600 000 Jahre gedauert haben. Seit dem letzten Eishochstand wären 80 000 Jahre vergangen.

(Schluß folgt.)

Die Weltliga für Sexualreform

Im Institut für Sexualwissenschaft

Im „Institut für Sexualwissenschaft" befindet sich außer vielen Sammlungen ein Archiv, das jede Zeitungsnotiz zusammenträgt, die sich mit der sexuellen Frage befaßt. Auf diese Weise ist man zu ziemlich zuverlässigen Statistiken gekommen. Eine Million Frauen in Deutschland läßt jährlich an sich eine Abtreibung vornehmen, hunderttausende treibt der § 218, der den Armen ärztliche Hilfe verbietet, zum Kurpfuscher, 30 000 Frauen müssen jährlich hierzulande daran sterben! Dreißigmal tausend Tote — das ist eine Schlacht, das ist ein Krieg. Und es ist Krieg. In diesem Sinne heißt das Programm des Instituts: Sexualberatung und Aufklärung für jedermann, durch Wort und Schrift, Abhaltung von Vorträgen, Kursen, Frageabenden, Veröffentlichung von Werken und Zeitschriften, Benutzung des Films und Funks, kurz: durch systematische Erziehungsarbeit. Der Staat hat dem Institut jeden Zuschuß verweigert — für ihn gibt es keine Notwendigkeit der Sexualreform. Die Gesetze, die der Staat darüber erläßt, stehen mit den Gesetzen der Natur in Widerspruch. Verzweiflung, Abgleiten ins Kriminelle, Selbstmord sind die Folgen dieses „Kulturzustandes", der durch moralische Anschauungen gedeckt wird. Nur ein Weg kann zur Veränderung der allgemeinen Einstellung gegenüber den wichtigsten Dingen des Lebens führen, und der ist, so meint das Institut: Aufklärung. Die Aufklärung soll die Menschheit aus sexueller Not, und damit zu einem gewissen Teile aus der Not überhaupt befreien.

In seiner Arbeitsstätte in der stillen Seitenstraße des Tiergartens lugt Sanitätsrat Dr. Magnus Hirschfeld aus der Tür seines Arbeitszimmers: „Der nächste bitte!"

Er ist ein Arbeitsfanatiker, der alte Herr! Sprechstunden, Vorlesungen, Kurse, Vorträge, Forschungstätigkeit — dazu das ungeheure literarische Schaffen in Büchern, Zeitschriften, Polemiken und als Präsident der Weltliga für Sexualreform. Natürlich ist er auch der Gründer und Leiter des „Instituts für Sexualwissenschaft". Sein Arbeitszimmer ist mit seltenen Sammlungen, angefangen von den Liebesmitteln der alten Aegypter bis zu der Erotika der Chinesen, geschmückt.

„Wir erkennen als Richtschnur nicht an, was die herrschende Sitte bald so, bald anders vorschreibt, sondern nur das, was mit den Lehren des Lebens und der Liebe selbst übereinstimmt. Deshalb fordern wir neben der wirtschaftlichen und politischen auch die sexuelle Gleichberechtigung der Frau, den Schutz der unehelichen Mütter und eine Geburtenregelung im Sinne verantwortungsvoller Kinderzeugung. Staat und Kirche haben dem Menschen das „Sündhafte" des lebensbejahenden Geschlechtes aufoktroyiert. Jahrhundertelang war verboten, frei über diese Dinge zu sprechen — nur Witze und Zoten waren erlaubt. Wir fordern Befreiung der Ehe und Ehescheidung von kirchlicher und staatlicher Bevormundung!"

In diesem Augenblick wird Dr. Hirschfeld für eine Zeit abgerufen. Eine kurze Gelegenheit bleibt, die Sammlung des Instituts zu beaugenscheinigen — Plastiken, Münzen und Bilder aus allen Weltteilen sind aufgebaut, die die Varianten und Positionen des Liebesspiels darstellen. Doch da kommt Magnus Hirschfeld schon wieder.

„Unsere Arbeitsstätte umfaßt das gesamte menschliche Liebes- und Geschlechtsleben. Sie will dahin wirken, daß die sexuelle Ethik und Soziologie sich nicht mehr wie bisher auf mystischen Anschauungen aufbaut, sondern auf den Lehren der Sexualbiologie und -psychologie. Wir kämpfen fernerhin für eine Verhütung der Prostitution und Geschlechtskrankheiten, für richtige Beurteilung der intersexuellen Varianten, für eugenische Beeinflussung der Nachkommenschaft. Endziel ist, die wissenschaftliche Erkenntnis in gesetzgeberischen Maßnahmen zu verankern. Es darf kein Widerspruch bestehen zwischen Naturgesetz und Menschengesetz, zwischen Wissenschaft und Sittlichkeit. Behauptet die Kirche: „Was ethisch falsch und verwerflich ist, kann auch vom ärztlichen Standpunkt aus nicht richtig sein," so behaupten wir gerade entgegengesetzt: **„Was mit den Gesetzen der Natur und Wissenschaft in Widerspruch steht, kann niemals ethisch richtig und wahrhaft sittlich sein."**

L. Schaefer

Kleines Feuilleton

Gegen die Verlängerung der Unterrichtsstunde

Wir werden gebeten, nachstehenden Offenen Brief zum Abdruck zu bringen:

Der Bund Entschiedener Schulreformer richtet an den Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung die dringende Bitte, sofort durch Erlaß die 50-Minutenstunde wieder aufzuheben. Durch die Verlängerung der Unterrichtsstunde wird nichts Positives erreicht, da die Aufmerksamkeit der Schüler — noch dazu in vollen Klassen — mit der Streckung erlahmt. Außerdem wird der Unterricht soweit in den Nachmittag hinein ausgedehnt, daß die Kinder und Jugendlichen um die hygienischen Vorteile der Sommerzeit gebracht werden, während sie in den schwülsten Mittagsstunden in die Schulzimmer gebannt sind. Die alten 45-Minutenstunden haben sich in den Wintermonaten, in denen sie aus ökonomischen Gründen wieder zugelassen waren, voll bewährt, obgleich in den Wintermonaten die Hauptarbeit zu leisten war. In der Sommerzeit den — begrüßenswerten — Ausfall einiger Lehrstunden, den die Schulhygieniker längst forderten, durch Verlängerung der einzelnen Stunden wettmachen wollen, heißt „sparen" auf Kosten der Gesundheit von Schülern und Lehrern. Endlich erscheint es unhaltbar, zu erklären, daß eine Mehrbelastung der — bereits überbürdeten — Lehrerschaft nicht in Frage komme, wenn tatsächlich durch die Stundenstreckung die wöchentliche Unterrichtszeit für den Lehrer um zwei Stunden und mehr verlängert wird, während er in überfüllten Klassen und bei vermehrten Korrekturen seine Nervenkraft stärker verausgaben muß. Die Verlängerung der Unterrichtsstunde ist eine rein bürokratische Maßnahme, die sich weder vor dem Forum der Hygiene noch dem der Pädagogik verantworten läßt.

Wir bitten den Herrn Minister nochmals, diese Fehlmaßnahme schleunigst rückgängig zu machen. Das Zugeständnis eines Irrtums ist immer eine Ehre gewesen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

I. A.: Oestreich. Kölling. Hoepner.

Gigantische Pläne für eine neue Nil-Regulierung

Der ägyptischen Regierung liegt z. Zt. ein Projekt für eine grundlegende Neuregulierung des Nilstroms vor. In erster Linie ist eine Kanalisierung der ungeheuren Sumpfgebiete des sog. „Sudd" vorgesehen, wodurch nicht nur dem Nil riesige Wassermengen zugeführt, sondern auch gewaltige Landstrecken urbar gemacht werden würden. Unterstützt werden soll die Durchführung dieses Planes durch Errichtung eines Staudamms quer durch den im Quellgebiet des Weißen Nils gelegenen Albertsee, der zugleich eine direkte Eisenbahn- und Straßenverbindung zwischen dem Uganda-Gebiet und dem Kongo ermöglichen würde.

Copyright by AGIS-VERLAG, Berlin-Wien, 1931. Alle Rechte insbesondere die des Nachdrucks, der Uebersetzung und Radioverbreitung, vorbehalten

10. Fortsetzung

Und dann verschwinden sie schnell, als käme noch was hinter ihnen her....

Die Menschen um Hans gehen und sprechen. Wie durch eine Wand vernimmt es Hans. Er ist mitten drin und doch draußen. Gleich ist es so weit....

Wenn jetzt die Tür aufgeht....

Da ist es so weit....

Der Wachtmeister kommt heraus, aber er gibt stumm, verschwindet in einem anderen Zimmer, kommt mit Akten wieder, geht wieder in den Saal.

Wie lange das dauert?

Wenn doch nur einer einmal ein beruhigendes Wort spräche, ein tröstendes....

Es gehen viele Züge nach Hamburg. Oder man sollte auf Tippelei gehen. Oder in die Fremdenlegion. Friedel hat doch ganz recht gehabt....

Denkt Hans.

*

„In Sachen Schulze, Angeklagter, Eltern Zeugen eintreten . . ."

Nun ist er drin. Nun steht er vor dem Richter, vor dem Staatsanwalt. Da sitzt auch eine Frau, die ist sicher gut. Die wird ihm nichts tun. Die wird ihm vielleicht helfen.

Der Richter ist freundlich oder ist es der Staatsanwalt. Alle sind freundlich. Alles ist ganz anders, als Hans es befürchet hat. Aber der Richter oder der Staatsanwalt, einer von den beiden schwarzgekleideten Männern, sieht ihn jetzt mit einmal so streng an. Er hat dabei einen ganz schmalen Mund, und jetzt sieht er aus wie der Lehrer Zielke aus der 362. Gemeindeschule, der so gerne ohrfeigte . . . Und da steigt die Angst wieder in Hans hoch . . . Wenn doch alles schon vorbei wäre . . .

Der Richter blättert in den Akten, die vor ihm liegen. Da liegen viele Akten . . .

„Hans Schulze. Arbeitsbursche. Siebzehn Jahre alt."

„Stimmt's?"

„Das sind ja schöne Sachen", poltert der Richter los, „einfach so mir nichts, dir nichts das Geld behalten und verjubelt . . . ganz grober Vertrauensbruch . . ."

Ach nein, ach nein, so war es nicht, geehrter Herr Richter, denkt Hans erschrocken.

Nein, so war es gewiß nicht: einfach so mir nichts, dir nichts . . .Er hat doch lange genug gekämpft damals und dann war doch alles, als sei gar nichts gewesen, als sei er gar nicht der Uebeltäter gewesen.

Da wird er nach seiner Schulzeit gefragt. Wie weit er gekommen sei. Bis zur ersten Klasse. 362. Gemeindeschule. Was Vater sei und Mutter. Mutter will antworten, darf nicht: „Nachher kommen Sie."

Was er verdient habe, ob er Arbeit habe.

„So! So! Noch nichts wieder passiert?"

„Na, dann hören Sie mal zu, was Ihnen zur Last gelegt wird." —

Dann liest er ganz schnell und so nebenbei vor, was Hans gemacht hat. Hans versteht nur dreiundachtzig Mark . . . dreiundachtzig Mark . . .

Der Richter sieht auf und fragt ihn:

„Nun, was haben Sie darauf zu erwidern?"

Hans möchte etwas darauf erwidern. Er will etwas davon sagen, wie er so gerne einmal etwas mehr als nur ein paar Groschen eigenes Geld in der Tasche haben wollte, um dann sagen zu können: So! . . .

So! Jetzt will ich mal irgendwohin gehen und was essen, was mir gerade gefällt. Mal mit der Bahn wohin fahren, wohin ich gerade Lust habe . . .

Aber Hans sagt nichts. Kann nichts sagen. Die Worte liegen bleiern in ihm.

Zuckt nur mit den Schultern.

Es geht schnell vor dem Jugendgericht.

Auch der Richter zuckt mit den Schultern. Noch sieben, acht Sachen nach dieser. Los, los . . .

Wir haben ganz andere Sachen . . .

„Herr Staatsanwalt, bitte!"

„. . . macht keinen besonders guten Eindruck. Ist zwar geständig, aber kann nichts sagen, was zum Verständnis der Tat . . . . Hätte sich beherrschen müssen . . . Grober Vertrauensbruch . . . zwar noch nicht vorbestraft . . . aber muß merken, daß man das nicht tun darf . . . beantrage drei Tage Gefängnis . . . Stelle Aussetzung anheim . . .

Klack . . . klack . . . poch . . . poch . . . poch . . .

Der Richter sieht ihn so scharf an . . .

„Haben Sie nichts mehr zu sagen . . .?"

Nein, Hans hat nichts mehr zu sagen. Er hat überhaupt nichts zu sagen . . . gar nichts . . .

Die Mutter schluchzt: „Es war eine Dummheit, Herr Gerichtshof, seien Sie doch noch mal milde mit ihm . . ."

„. . . das Gericht wird beraten . . ."

Sie beraten schon. Man hört sie durch die Tür sprechen. Im Saal ist es heiß. Der Staatsanwalt schreibt und schreibt. Es ist ganz still. Da sitzen zwei junge Damen. Da liegt ein Berg Akten auch vor ihnen. „Bezirksjugendamt" liest Hans ohne Absicht.

„Fürsorge. Fürsorge . . .?"

Die beiden Damen unterhalten sich leise. Nicht über ihn, nicht über Fürsorge. Ueber eine Sie.

„. . . Sie hat . . . sie ist . . ."

Da wird noch beraten.

Die Uhr tackt . . . tack . . . tack . . .

Es ist heiß und das dauert eine Ewigkeit...

Dann geht die Tür auf. Der Richter. Die Dame. Ein Herr. Noch ein Herr.

„. . . verkündet folgendes Urteil . . . schuldig, aber straffrei . . . Verwarnung . . . Schutzaufsicht des Jugendamtes . . . Jugend . . . Voraussetzungen des § 3 liegen nicht vor. Der Angeklagte ist verpflichtet, den Schaden wieder gutzumachen . . . Nehmen Sie das Urteil an?"

Ja, alles nimmt Hans an. Nur nicht Fürsorge. Gefängnis. Nur nicht einsperren. Ja, Schaden gutmachen . . .

Und dann gehen sie aus dem Saal.

Hans sieht niemand und hört nichts. Nur das Herz macht poch und poch.

Die Treppe hinunter.

Es war ja so heiß im Saal und es dauerte so lange, und dann ging doch alles so schnell.

Hans sagte nichts.

Die Mutter schweigt

Die Treppe hinunter. Nach Hause.

Hans mußte gleich ins Geschäft.

Wer spricht mit ihm.

Da gehen Menschen, um ihn, neben ihm, hinter ihm. Aber niemand sieht ihn.

So groß ist die Stadt.

Aber Hans ist allein.

Er tritt das Rad. Das Rad sauste dahin . . .

Ihn tritt das Rad. Er saust dahin.

Viermillionenfünfhunderttausend Menschen leben in dieser Stadt. Gute Menschen, schlechte Menschen. Jeder ist so, wie er sein kann. Keiner davon hat den Weg zu Hans Schulze gefunden.

Aus der Berliner Presse

Wir hatten vor einiger Zeit die Nachricht gebracht, die danach auch von der „B Z am Mittag" übernommen wurde, daß der frühere „Germania"-Redakteur, Herr Dr. Josef Räuscher, jetzt Redakteur der „Drahtlosen Nachrichten" des Rundfunk, als Verbindungsmann des liberalen Blattes zum Zentrum in die Redaktion des „Berliner Tageblattes" einziehen werde. Die vorzeitige Bekanntgabe dieses bereits abgeschlossenen Engagements hat jetzt seine Durchführung verhindert. Es hatte nämlich zur Voraussetzung, daß der eben abgesetzte Chefredakteur der „Germania", Dr. Buhla, in seine frühere Stellung als Korrespondent der „Kölnischen Volkszeitung" in Berlin würde zurückkehren können, die bei seinem Eintritt in die „Germania" von seinem Amtsvorgänger als Chef des hauptstädtischen Zentrumsorgans, Herrn Hermann Orth, übernommen worden war. Orth aber sollte an Rauschers Stelle in die Redaktion der „Dradag" eintreten. Die vorzeitige Bekanntgabe hat diesen „Tausch im Ring" unmöglich gemacht, weil die im Rundfunk-Ueberwachungsausschuß maßgebenden Herren, vor allem also der zu den Nazis übergetretene Ministerialrat Scholz vom Reichsinnenministerium Herrn Orth als „viel zu weit links" ansehen.

In die Redaktion des „Berliner Tageblatts" tritt dagegen neu ein Herr Dr. Felix Hirsch, bisher verantwortlicher Redakteur des „8 Uhr Abendblatt", der in jüngster Zeit durch einen neu in diese Redaktion übernommenen Kollegen aus Zwickau, Herrn Walther Victor, etwas verdrängt worden ist. Zu allem Ueberfluß wird bekannt, daß sich der Chefredakteur des „B T" gegen die Versetzung des Dr. Hirsch in seine Redaktion lange, aber wie sich nun herausstellt: vergeblich, gewehrt hat. Der Verlag diktierte, um eine Stelle für Herrn Victor frei machen zu können, der übrigens als abgestrafter „Gotteslästerer" kürzlich kurioser Weise im „8 Uhr Abendblatt" einen gereimten Wahlaufruf zugunsten der Zentrumspartei veröffentlicht hat.

Ferner ist in die Redaktion des „B T" nun auch der junge Sohn des Chefredakteurs Wolff eingetreten, der sich während der jüngst abgelaufenen Reichstagstagung unter sachverständiger Anleitung auf der Journalistentribüne des Reichstags die ersten Sporen holte.

XYZ

Ist Luftschutz möglich?

In Berlin fand in diesen Tagen die Reichskonferenz des Bundes revolutionärer Pazifisten statt.

Am ersten Tage sprach unser Genosse Brehm über „Ostasien und Genf oder die Impotenz des Völkerbundes", anschließend sprach Dr. Hiller über die Ursachen des nationalsozialistischen Erfolges und die Fehler der Linken, die den Vormarsch des Faschismus begünstigten.

Am zweiten Tage wurde nach der Rede unseres Genossen Frank zum Thema der Schaffung einer Einheitsfront das Referat des Hamburger Chemikers Dr. Busch, „Ist ein wirklicher Luftschutz möglich?" verlesen. Busch verneint diese Frage, und er stützt sich mit seinem Urteil nicht nur auf Chemiesachverständige aller Länder, sondern kann sich auch auf Militärs wie Ludendorff und Seeckt berufen. Es gibt nur ein Gegenmittel, und das heißt: den Krieg ein für allemal unmöglich machen. Gegenüber den bisherigen Kriegen wird jeder zukünftige immer weniger ein Menschen- als ein Materialkrieg werden. Flugzeuge, Brandbomben und Giftgase werden die Waffen der Zukunft sein. Und da die Materialbelieferung der Front entscheidend für den Ausgang des Kampfes ist, die Produktionsstätten aber durch den Aktionsradius der Flugzeuge mühelos erreicht werden können, so wird der Gegner versuchen, den Krieg ins Hinterland zu tragen, um die Kraftreservoirs seines Feindes zu zerstören und die Zivilbevölkerung durch Angriffe zu schwächen und zu zermürben, damit sie die Regierung zu einer Beendigung des Krieges zwingt. Jeder Unterschied zwischen Front und Hinterland wird verschwinden. Das Gegenmittel der Militärs ist, den Krieg ihrerseits in das Hinterland des Gegners zu tragen. Einen Luftschutz der gesamten Zivilbevölkerung halten sie für unmöglich. Seeckt bezeichnet einen solchen als kostspielig und unbequem, unbequem für den Träger wie auch für den Staat. Die bisherigen Luftschutzmanöver verliefen völlig unbefriedigend; zeigten sie doch einmal die Ueberlegenheit des Angreifers über den Verteidiger, und fehlte ihnen zum anderen jener Erschwerungsfaktor, die Panikstimmung der Bevölkerung im Ernstfall. Gas- und feuersichere Unterstände sind gleichfalls keine Massenschutzmittel, wenn man bedenkt, daß derartige Unterstände 20 Meter unter der Erdoberfläche angelegt werden müßten und nur je 40 Personen aufnehmen könnten.

Zeigt man das Faszit aller bisherigen Sicherungsvorschläge, so kommt man zu dem Ergebnis, das ein Schutz der Bevölkerung unmöglich ist, daß Stadt und Landbevölkerung schutzlos den Gefahren ausgesetzt sind, die ein neuer Krieg mit sich bringen wird.

Flugzeugabsturz in Adlershof

Am Pfingstsonntag nachmittag stürzte über dem Flugplatz Adlershof ein Flugzeug der Akademischen Fliegergruppe ab. Der Führer, Kniemeier, trug schwere Kopfverletzungen davon und wurde nach dem Krankenhaus transportiert. Der Beobachter, der 27jährige Student Ludwig Wunsch aus Adlershof, erlitt einen Schädelbruch und war sofort tot.

„Das „liebliche Fest""

Da die amtliche Wetterdienststelle noch am Freitag eine Prognose für die Pfingsttage abgelehnt hatte, bestand kein Zweifel, daß es sicher und schon, sonnig und warm würde. Schon am Sonnabend flüchteten diejenigen, die über die erforderlichen PS verfügten, nach allen Himmelsrichtungen, um in Bansin, Heringsdorf, Krummhubel, Harzburg und anderwärts sich von den Strapazen der Lohnsenkungen zu erholen.

Unter Goebbels Fenstern, vor den Augen der Polizei, sammelten sich feldmarschmäßig ausgerüstete . . . sagen wir einmal Reichswehrsportvereinler zur Nachtübung und fuhren gen Westen, um dort nach ihrer Art Pfingsten zu feiern.

In dünnen Zahlen meldet der Bericht:

7,3 Millionen Fahrgäste beförderte die BVG vom Sonnabend bis Montag,

über eine halbe Million weniger als im Vorjahr.

Die Berliner S-Bahn zählte 3,4 Millionen Fahrgäste,

gegen 3,8 im Vorjahr. Rückgang 10 Prozent. Wer sich wirklich draußen erholt hatte, der bekam in der Fülle der Verkehrsmittel, in der Gluthitze der Bahnen leichte Wahnsinnsanfälle auf der Heimfahrt und zuckte, vom Schmerz geplagt, zusammen, wenn fremder und eigener Sonnenbrand sich im Gedränge berührten.

Nur die ganz Schlauen sparten Fahrgeld und entsannen sich, daß

Berlin, die grünste Stadt der Welt,

in allen Stadtteilen Parkanlagen besitzt, die ihresgleichen suchen. Friedrichshain, Treptow, Jungfernheide, Rehberge, Schöneberg, Lietzensee, zogen Tausende und aber Tausende an, denen das Stempelgeld und auch die Abneigung gegen sonntägliche Berliner Verkehrsmittel das Fortfahren verboten.

Großbetrieb herrschte in den Strandbädern, Wannsee zog am ersten Pfingsttag 15 000 und am zweiten sogar 25 000 Menschen an, in Müggelsee fehlten nicht viel an 10 000 Badegästen, und auch die übrigen acht Berliner Bäder sahen 25 000 badende Berliner.

Voll war es überall, aber auch hier machte sich trotz wirklich billiger Preise die unendliche Not von Hunderttausenden empfindlich bemerkbar. Die Stullenpakete, in früheren Jahren fast verschwunden, ersetzten wieder den Konsum in den Lokalen, die bei meist nur scheinbar gesenkten Preisen fast nur Getränke abzusetzen vermochten.

Die Berliner Feuerwehr hatte an den beiden Pfingsttagen an mehr als 40 Stellen zu tun

Mehrere Male wurde sie zu

Unfällen

auf dem Wasser alarmiert, u. a. nach Jörsfelde an der Havel, wo ein Segelboot gekentert war, sowie nach der Insel Immchen, nach Cladow, dem Haveleck, nach der Badewiese und anderen Stellen, wo Ruderboote gekentert waren. Sämtliche Personen, die ins Wasser gefallen waren, konnten gerettet werden.

Bei einer Motorradexplosion in der Podbielsky-Allee in Dahlem wurde der Fahrer schwer verletzt. Bei einem Zusammenstoß zweier Kraftwagen an der Ecke Marienfelder und Buckower Chaussee erlitt eine Person schwere Verletzungen und eine zweite leichtere.

Wald- und Wiesenbrände wurden gemeldet u. a. aus Frohnau, Gatow und Eichwalde, wo es in der Staatsforst brannte. Grasbrände und Waldbrände entstanden ferner noch am Müggelschlößchen und am Bahnhof Westkreuz im Grunewald.

Auch die feiertäglichen Selbstmorde fehlen nicht

Mehr als ein Dutzend Gasvergiftungen meldet die Chronik; nur noch nüchterne Zahlen, krasse Spiegelbilder der herrlichen Humanität und ausgleichenden Gerechtigkeit, die ein deutscher Dichter-„Fürst" noch am Sonnabend bei der Eröffnung der Berliner Sommerschau so überzeugend und hinreißend für die gedankenlos anbetenden und nachplappernden Ehrengast gepriesen hatte. Nebenbei: der von uns schon sehr zeitig angegriffene wahnwitzige Eintrittspreis von 1,50 RM. hat der Ausstellung einen negativen Besucherrekord zu Pfingsten eingebracht. Man sah sehr viele, die nicht da waren . . .

Schließlich wollen wir nicht verschweigen,

in wie sinniger Weise die Residenzstadt Potsdam Pfingsten feierte:

sie weihte ein neues Gefallenen-Denkmal ein, hielt einen Feldgottesdienst ab und begrüßte bei dieser Gelegenheit in unzertrennlicher Liebe und Anhänglichkeit S. M. Wilhelm aus Oels nebst Anhang, ohne den ja wie dunnemals kein uniformierter Rummel mehr möglich ist. Daß die „Verbände" vollzählig erschienen waren, daß trotz aller Not Abordnungen aus allen Teilen des Reiches heranströmten, ist so selbstverständlich wie die Beteiligung der „republikanischen" Behörden . . .

Pfingsten, das „liebliche Fest", ist zerronnen. Gehn wir wieder stempeln.

Todessturz im Kraftwerk Klingenberg

Ein Unglücksfall, der ein Menschenleben forderte, ereignete sich im Kraftwerk Klingenberg. Dort stürzte der 37jährige Willy Bahse, der in Reinickendorf-West, Eichbornstraße 15, wohnt, aus bisher ungeklärter Ursache von einer 20 Meter hohen Verladebrücke auf den Hof, wo er mit einem schweren Halswirbelbruch liegen blieb. Die Verletzungen des Verunglückten, der mit Malerarbeiten beschäftigt war, hatten den sofortigen Tod zur Folge

Proletarier unter Ausnahmerecht

Zu einer Protestkundgebung gegen die letzte Notverordnung hatte die Gemeinschaft proletarischer Freidenker aufgerufen.

Alle Deutschen sind vor dem Gesetz gleich, verkündet die Weimarer Verfassung. Und was zeigt die Praxis? An einer Fülle von Material wies der Referent, Genosse Lemke, nach, wie es in Wirklichkeit um diese Gleichheit bestellt ist. Ungestraft dürfen Vertreter kirchlicher Organisationen Freidenker beschimpfen und verächtlich machen. Wagt aber ein Proletarier, vor einer Prozession nicht den Hut zu ziehen, so wird er wegen Verächtlichmachung einer kirchlichen Institution bestraft. — So geschehen in der freiesten aller Republiken! Weiter geißelte der Referent die Stellung der Kirche zum Kapitalismus, Gewerkschaften und den Frauen.

Lest und verbreitet die neue Broschüre

„Prolet greif zu!"

Immer mehr wachse die Macht dieser Organisation durch die Tolerierung der SPD, die den Satz des alten Bebel, daß Kirche und Sozialismus sich wie Feuer und Wasser gegenüberstünden, längst vergessen hat. Mehrere Jahre ging die Hetze der Geistlichkeit gegen die Freidenker; jetzt ist ihr der erste Schlag geglückt, weitere werden folgen, wie die letzten Reichstagsanträge bewiesen. Will das Proletariat diese neuen Anschläge verhindern, dann heißt es, der geschlossenen Kampffront der Reaktion die geeinte Front der Arbeiterklasse gegenüberzustellen.

Anschließend sprach Genosse Zimmer über die Zusammenhänge zwischen Kirche und absteigendem Kapitalismus. Möge auch die Reaktion die äußeren Organisationen des Proletariats zerschlagen, eine geistige Bewegung, die Millionen erfaßt hat, läßt sich nicht ausrotten!

Zum Schluß nahm die Versammlung, trotz ihrer abweichenden Haltung von der von dem verbotenen „Gottlosenverband" verfolgten Linie eine Resolution an, in der sie in proletarischer Solidarität mit ihren Kampfgenossen schärfsten Protest gegen die Stellung des Verbandes unter Ausnahmerecht erhebt.

Rotes Zeltlager

Jede Stunde Freizeit, die ihr zuteil wird, stellt die proletarisch-revolutionäre Jugend des SJV in den Dienst der Arbeiterbewegung. Mit seinem Zeltlager, das er während der Pfingsttage bei Hangelsberg unterhielt, hat es der SJV Groß-Berlin verstanden, eine große Klassengemeinschaft herzustellen. Ueber 400 Genossinnen und Genossen nahmen daran teil und haben bewiesen, wie groß und stark die innere Verbundenheit zwischen ihnen ist.

Mit Hörnerklang und Trommelwirbel zog die Jugendschar in das Zeltlager ein. Jeder Aktionsbezirk hatte sein Dorf, jedes Dorf hatte sich als Namen den Namen eines Führers der Arbeiterbewegung gewählt: Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Karl Marx, Friedrich Engels und Georg Ledebour.

Am Sonnabend gab es im Saal des Restaurants „Mönchswinkel" einen „Roten Lumpenball". Lustig war da die Jugend. Jeder brachte eine anständige Portion Uebermut mit.

Der Sonntag war ausgefüllt mit Spiel und Sport. Leider passierte um Mittag herum ein Unglücksfall. Unser kleiner Freund Horst Jacob spielte in der Nähe des Wassers. Dabei stürzte er in die Spree, die sehr starke Strömungen hat. Rettungsschwimmer sprangen hinterher. Sie und auch die Feuerwehr vermochten den kleinen Genossen jedoch nicht mehr zu finden. Der Abend führte die Zeltlagergemeinde zu einer proletarischen Feierstunde zusammen. Dem kleinen Horst waren die ersten Worte des Genossen Kreßmann gewidmet. Anschließend gedachte man der immer lebendigen Revolution.

Der Montag war der politischen Arbeit und der Klärung aller Fragen des revolutionären Marxismus gewidmet. Erfreulich war die Anteilnahme der jüngeren Genossen an der Diskussion.

Die Schlußkundgebung stand unter dem Motto „Es wird weitergekämpft".

Mit Gesang ging es dann geschlossen zurück zum Bahnhof Hangelsberg.

Aus der Mark

Potsdam

Zwei ehemalige Sozialdemokraten. In diesen Tagen fand eine Kirchentagung in Potsdam statt. Als Redner trat unter anderen der Kappist August Winnig auf, bis zum Kapp-Putsch Oberpräsident in Ostpreußen und Sozialdemokrat. Er sprach über „Religion und Zeitgeist" und kündete das nahende Zeitalter großer Frömmigkeit an. Er bedauerte das Verdrängen des Gottesglaubens in gegenwärtiger Zeit. — Müller-Brandenburg, ehemals Polizeioffizier und rechter Flügelmann der SPD, betätigt sich augenblicklich in den rechten Wehrverbänden. In der „Oderzeitung" druckt man seine Artikel gegen Polen mit Wonne.

Zehdenick

Arbeitertod. In der Akkumulatorenfabrik explodierte der Sauerstoffkompressor. Umherfliegende Eisenteile durchbohrten den Arbeiter Rehra. R. war sofort tot. Vor einigen Jahren hatte er bei einem ähnlichen Unfall im Werk die Sprache verloren.

Lebus

Beim Schlachten verunglückt. Dem Schlächter M. glitt beim Ausschlachten eines Rindes das Messer in den Oberschenkel und zerschnitt die Schlagader. Nur das schnelle Eintreffen des Arztes rettete dem Verletzten das Leben.

Oderberg

Arbeiter werden verhaftet. Hier kam es zu Schlägereien in einem Arbeiterlokal zwischen ortsansässigen SPD-Leuten und auswärtigen Nationalsozialisten. Die Nazis sind nach der Vernehmung entlassen worden. 8 SPD-Leute sind jedoch in Haft genommen worden.

Landsberg a. W.

Sechsfache Brandstiftung. In Heimsdorf brach sechsmal hintereinander auf dem Gehöft des Bauern H. Großfeuer aus. Als Brandstifterin wurde die Stieftochter des Besitzers ermittelt. Aus Eifersucht und Haß wollte sie den Besitz des Vaters vernichten.

Premnitz

Generalversammlung der Fabrikarbeiter. Die Zahlstelle Rathenow hielt in Premnitz die Generalversammlung im Lokal Schilling ab. Steldinger gab den Jahresbericht. Wirtschaftskrise und RGO sind verantwortlich zu machen für die Stagnation der Gewerkschaften. Eine kritische Betrachtung des Kurses, den die Gewerkschaftsführung in der Krise einhält, wurde nicht versucht, war auch nicht zu erwarten. Wer meint, daß er hundertprozentig recht hat, wird schwerlich in der Lage sein, objektiv Irrtümer zu erkennen. In der Debatte sprachen Hellbarth, Brüggemann, Kulf und Mauthe. Es wurden zwei Resolutionen vorgelegt, die dann auch angenommen wurden. Die erste Entschließung fordert, daß die Gewerkschaften wieder zu einem Klasseninstrument der Arbeiterschaft werden müssen. Dazu gehört, daß sie durch entschlossene und zielbewußte Haltung das Vertrauen der Gesamtarbeiterschaft erwerben und sich erhalten. In diesem Zusammenhang ist abzulehnen die einseitige Propaganda für die SPD. Die Gewerkschaften sind eine Einheitsorganisation, sind ein überparteilicher Faktor, der berufen ist, die einheitliche Aktion der Arbeiterklasse wiederherzustellen. Der Kampf muß geführt werden mit folgenden Forderungen: 40-Stundenwoche mit vollem Lohnausgleich, Produktionskontrolle, ausgeübt durch die Arbeiterschaft. Es darf nicht heißen: Stegerwald hilf! —, sondern Prolet, greif zu! — In der zweiten Resolution wird die Schreibweise des „Proletariers" bemängelt. Besondes die Rußland-Berichterstattung reizt zum Widerspruch. Es sollen nicht nur Berichte gebracht werden, die einseitig ablehnend zum russischen Aufbau Stellung nehmen, sondern auch die Fülle der Berichte von Kennern Rußlands, die das Aufbauwerk bejahen, soll den Kollegen zugänglich gemacht werden. Die Arbeiter sind keine Kinder, sie werden sich ihr Urteil schon selber bilden. — Die Aussprache über die neue Fassung des Reichsrahmentarifs für die Gruppe Chemie wurde noch zurückgestellt, da die Kollegen vor überraschend eingetretenen neuen Mitteilungen standen. Lohn und Urlaub sind zunächst nicht verändert, jedoch soll die Bezahlung des Urlaubs nach dem Lohnsatz der verkürzten Arbeitswoche erfolgen. Gegen diesen Passus erhebt sich ernsthafter Widerspruch. Die Antwort Steldingers auf die Diskussionsreden war nun leider mehr persönlicher Angriff als sachliche Stellungnahme. Ausfälle gegen die SAP sind völlig unangebracht, da die Haltung der SAP zu den Gewerkschaften eindeutig bejahend festgelegt ist. Die Aenderung des Kurses wird nicht erstrebt, um Parteiprinzipien zur Geltung zu bringen, sondern in der Ueberzeugung, daß die Einigung der Arbeiterschaft nur in der Aufgabe des Reformismus erreicht werden kann. Der Aufschwung der Gewerkschaften und die Stärkung ihrer Kampfkraft sind gebunden an die Loslösung von der Tolerierungspolitik mit allen ihren für die Arbeiterklasse schädlichen Begleiterscheinungen.

Deutsch-Krone

Neuer Direktor des Arbeitsamtes. Seit einem halben Jahr war das Arbeitsamt ohne Direktor. Dr. Diem war wegen verschiedener Unregelmäßigkeiten entlassen worden. Es wurde nun Dr. Streuer mit acht gegen vier Stimmen gewählt.

Sportschau der SAZ

Sport-Pfingsten im Reiche

Fußball.

Nordbayern: Der Süddeutsche Meister und Endspielgegner um die diesjährige Bundesmeisterschaft, Nürnberg-Ost, schlug die Spielvgg. Weimar 12:1. Rothenbach a. d. Pegnitz—Weimar 3:2. Nürnberg-Gleishammer—SC. Sondershausen 12:3. Bayreuth-Altstadt—Leipzig 03 3:0. Metzdorf Leipzig-West 03 1:3. SC. Kreuz-Bayreuth—Altenburg Thür 2:2. Höchberg b. Würzburg—Frankfurt-Rödelheim 5:5. Versbach b. Würzburg—Frankfurt-Rödelheim 3:2.

Nordwestdeutschland: Bielefeld Nord—Union-Dortmund 3:2. Union-Bielefeld—Bremerhaven 93 4:2. VfL. Minden—Bremerhaven 93 2:2. Bielefeld-Sudbrack—Wacker-Hannover 2:2. Fichte-Bielefeld—Fr. T. Bremen 1:5. Dankersen gegen Hannover-Döhren 0:1. Porta-Neesen—Walle-Lehe 2:4.

Hessen-Mittelrhein: Frankfurt-Bockenheim—Mannheim-Ilvesheim 4:1. Um den Aufstieg in die Kreisklasse gewann Frankfurt-Niederrad gegen Mainz-Bretzenheim mit 6:1.

Kassel: Niederkaufungen—Dortmund-Hablinghorst 3:6. Wellerode Frankfurt-Sprendlingen 3:3. Rot-Weiß Kassel—Altfeld b. Hannover 0:2. Homberg—Berlin-Nord 4:3. Eschwege Berlin Nord 3:3. Hersfeld—Berlin Nord 3:2. Obervellmar Schöningen b. Braunschweig 1:5.

Sachsen: VII. Südost-Leipzig—Berlin-Reinickendorf 7:2. Leipzig-Wahren—Dessau 10:0. VfK.-Südwest-Leipzig—FSV. Jena 2:3 und gegen Eisenberg 6:0. Rötha b. Leipzig gegen Bitterfeld 4:3.

Sachsen: Dresden-Radeberg—Meuselwitz/Thür. 5:2 und gegen Greiz 6:0. Ottendorf—Meuselwitz 2:2. Vorwärts-Chemnitz—Adler 08 Berlin 4:2. Niederwürschnitz—Adler 08 Berlin 1:2. Neuölsnitz—Adler 08 2:4.

Bezirk Limbach-Burgstadt: Claußnitz—Einsiedel 0:2; Berthelsdorf—Zeten 0:3; Lunzenau—Zeten 3:3; Lunzenau—Lischefeld 3:0; Moßdorf—Königshain 1:4.

Vogtlands Fußballer hatten Gäste

Die Feiertage benützten sehr viele Genossen von verschiedenen Bezirken, um das herrliche Vogtland zu bewundern und um mit den Vereinen des 8. Bezirks ihre Kräfte zu messen. Folgende Spiele wurden ausgetragen: **Treuen—Leipzig-Löbschütz 1:4.** Bei diesem Spiel wurde von keiner Mannschaft das Erwartete gezeigt. Treuens Sturm war sehr unfähig. — **Haselbrunn—Rehau 6:1.** Haselbrunn zeigte sich in einer besonderen Form. — **Auerbach—Wilkau 4:2.** Die Gäste stellten eine flinke Mannschaft. — **Kleinfriesen—Leipzig-Löbschütz 6:3.** Man hatte eigentlich von diesem Spiel mehr erwartet. Die Gäste aus dem Leipziger Bezirk verstanden es hier nicht, die Zuschauer zu befriedigen. — **Falkenstein—Röthigen-Borna 1:1.** Die Gäste enttäuschten spielerisch sehr. — **Rebesgrün—Regis-Deutzen** (Bezirk Leipzig) 2:2. Glänzender Sport trotz großer Hitze wurde in diesem Spiel gezeigt. — **Rodewisch—Grün 1:1; Rodewisch—Wilkau 2:9; Ellefeld—Auerbach 0:4; Kürbitz—Rempesgrün 3:7; Kürbitz—Hirschberg 2:3; Treuen—Regis-Deutzen 3:7.**

2. Klasse: Rodewisch—Wilkau 1:5; Kürbitz—Rempesgrün 5:3; Kürbitz—Hirschberg 3:1; Treuen—Leipzig-Löbschütz 2:2; Auerbach—Wilkau 1:1; Haselbrunn—Eintracht 2:3; Rebesgrün—Regis-Deutzen 4:4; Rebesgrün III—Regis-Deutzen III 1:4; Kleinfriesen—Leipzig-Löbschütz 8:1; Eiche 5. Abtl.—Kirchenlamnitz 1:7; Eiche 5. Abtl. II—Niederlamnitz 1:0:1; Eiche 5. Abtl. AM.—Kirchenlamnitz II 0:2.

Vorschau für 18. Mai: Eiche 5. Abtl.—Eintracht I (18.30). Eiche holte in letzter Zeit recht achtbare Ergebnisse heraus. Mit Eintracht haben sie sich eine schwere Aufgabe gestellt, sie werden aber alles versuchen, ehrenvoll abzuschneiden.

Handball im Vogtland

4. Abt. I—Bünauroda I 6:8 (1:7). Die Gäste konnten verdient gewinnen. **Haselbrunn I—Rositz I 13:11 (6:2). 1. Abt. I—Bünauroda I 2:2 (2:1). 2. Abt. I—Schwimmer I 14:2 (4:0). Haselbrunn II und III—Rositz II 9:12 (6:4). 2. Abt. III—Schwimmer II 5:1 (2:1).**

Handball-Ergebnisse.

Bezirk Leipzig: VfA. 04—Zedlitz 4:4; Wehlitz—Zedlitz 3:8; Tucha—Grimma 3:2; **Taucha—Grimma 9:3. Tennis:** Vorwärts Süd—Crimmitschau 41:14.

Bezirk Dresden: Neustadt Sportler—Pieschen 16:3; Cotta—Neustadt Turner 19:3.

Bezirk Chemnitz: Hohndorf-Rödlitz—Schneeberg 7:3; Hohndorf-Rödlitz—Geyer 13:2; Frankenberg—Freital-Deuben 6:14. Reichsbanner—Freital-Deuben 8:6; Hilbersdorf—Großolbersdorf 16:3.

Raffball: Furth—Gablenz 6:7; Sportlust—Markersdorf 5:5.

Bezirk Mittweida-Döbeln: Roßwein—Kötzschenbreda 4:7; Waldheim—Falkenhain-Thammenhain 8:3; Waldheim—Gohlis 1:2; Niederstriegis—Leipzig-Lindenthal 3:10; Niederstriegis—Grechwitz 10:6; Fichte-Döbeln—Limmritz 5:2; Hartha—Sörmitz 13:3.

Bezirk Zwickau: Obereichenbach—Falkenstein-Vogtl. 9:14; Crimmitschau—Gera-Zwöten 6:7; Crimmitschau II—Gera-Zwöten II 9:8.

Bezirk Plauen/Vogtl.: Eiche-Crieschwitz—Bünau-Roda (Th.) 6:8; Eiche-Zentrum—Bünau-Roda 2:2; Haselbrunn—Rositz-Th. 13:11; Eiche-Süd—Freie Schwimmer 14:2. Raffball: Lauterbach-Greiz—Aubachtal 12:19; MTV.—Südost-Leipzig 9:111.

Bezirk Erzgebirge: Raschau—West 03-Leipzig 8:5; Pöhlau—West 0-Leipzig 3:2; Wildenau—Brandis 3:9; Pöhla—Brandis 7:7; Neustädtel—Werdau 8:8.

Hessen-Mittelrhein: Frankfurt-Nord—Kassel 03 9:6. Sulzbach i./Taunus—Ottweiler (Saar) 9:6. Darmstadt—Stuttgart-Wangen 17:3. Oberroden—Pfeddersheim (Baden-Pfalz) 3:5.

Berliner Fußballer im Reiche

Das schöne Wetter hat die meisten Berliner Vereine länger bei ihren Gastgebern festgehalten und sie dermaßen gebannt, daß sie eine Weiterleitung der Ergebnisse vergessen haben.

Adler 08 weilte im Erzgebirge und schlug Neu-Oelsnitz trotz Ersatzes sicher 4:2. Am Pfingstsonntag mußte Nieder-Würschnitz nach verzweifelten Anstrengungen den Berlinern mit 2:1 den Sieg überlassen. Gegen Vorwärts-Chemnitz langte es nur zu einem schwachen 2:4. Zwar führten die Adler bis zur Pause 2:0, aber nach dem Wechsel wurden viele Torgelegenheiten nicht ausgenutzt. Die letzte halbe Stunde gehörte den Chemnitzern, die die von der Ueberanstrengung ermüdeten Gäste durch ein Selbsttor und einen zweifelhaften Elfmeter in Verlust brachten. (Telephonat unseres S.B.)

Saxonia weilte in Guben und Sommerfeld. Gegen den schwächeren Gegner unterlagen die Exerleute gegen den kürzlichen Besieger des neuen ostdeutschen Meisters, Jahn-Sommerfeld, gab es ein ehrenvolles Unentschieden.

Saxonia berichtet:

Saxonia I—Komet-Guben I 1:3. Am 1. Feiertag spielte S., durch die lange Fahrt beeinträchtigt, ohne jeden Zusammenhang. Bei einer Ecke gelang es noch dem Mittelläufer, S. 1:0 in Führung zu bringen. Aber noch vor der Pause glich Komet aus und konnte später durch zwei Strafstöße, die verwandelt wurden, mit 3:1 den Sieg sicherstellen. Die Hitze beeinträchtigte das Spiel. Gubens Mittelläufer und rechter Läufer konnten besonders gefallen, ebenso die Verteidigung. Bei S. war nur Halblinks in Form.

Saxonia II—Komet-Guben II 2:6. Das Spiel der 2. Mannschaften war in der ersten Viertelstunde noch flott, später ließ S. mehr und mehr nach, so daß K. langsam, aber sicher in Front kam, aber 6:2 ist wohl etwas zu hoch, auch spielte S. in vollkommen falscher Aufstellung und schonte ihre besten Kräfte für den zweiten Tag.

Saxonia I—Jahn-Sommerfeld I 4:4 in Sommerfeld. S., ausgeruht, spielte gegen diesen bedeutend schwereren Gegner ein Spiel voller Schwung und Spannung. Durch Elfmeter ging J.-S. in Führung, doch konnte der gute Linksaußen für Saxonia den Gleichstand erzwingen. Immer wieder ging Jahn in Führung, doch Saxonia konnte durch ihr gutes Zusammenspiel den Gleichstand immer wieder herstellen. Mittelstürmer, Rechtsaußen, Mittelläufer und die Verteidigung waren Jahns beste Spieler, während bei S. der Rechtsaußen etwas abfiel, sonst war die Mannschaft gut. Es war ein Propagandaspiel, wie es sein muß.

Saxonia II—Jahn-Sommerfeld II 3:2 (3:0). S. gewann dieses Spiel sicherer als es das Resultat wiedergibt. Erst wenige Minuten vor Schluß konnte J. das zweite Tor schießen.

Hansa 31 war als einziger Vertreter der Hauptstadt daheim geblieben und hatte anläßlich einer großen Werbeveranstaltung in den Rehbergen Eimsbüttel 93 zum Gegner. Die Hamburger hatten nie eine Chance und blieben mit 2:8 im Nachteil.

Nord war im Reich zu Gaste und spielte gegen BSp. Eschwege 2:2, gegen SpV. Rhünda 3:3, gegen SpV. 26-Homberg 2:3.

Wer wird Bundes-Fußballmeister?

Nünberg Ost oder Cottbus 93?

Diese Frage wird am Sonnabend, den 21. Mai im Nürnberger Stadion entschieden. Cottbus, der Bezwinger des Mitteldeutschen Meisters V. f. K. Südwest-Leipzig wird wieder seinen großen Eifer im Spiel als Hauptwaffe einsetzen und, — wenn die Nerven nicht versagen — seine technischen Leistungen entsprechend der Bedeutung des Spieles stark steigern. Der Süddeutsche Meister Nürnberg hat den Vorteil, sich durch Selbstvertrauen auf seine Durchschlagskraft, nicht durch Verlusttore am Anfang des Spieles verblüffen zu lassen. Er behält Nerven und weiß, was er will. Trotzdem dürfte ihn der Ostdeutsche Meister auf eine harte Probe stellen. Ein großer Kampf um den höchsten Titel steht bevor.

Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Entscheidung um die Bundesmeisterschaft 1932 ist es recht aufschlußreich, die Gegner und Ergebnisse der zurückliegenden Bundesmeisterschaftsendspiele kennen zu lernen. Es spielten 1920: Turn- und Sportverein Fürth—Süden-Forst 3:0 (0:0). 1921: Leipzig-Stötteritz (jetzt VfL. Südost)—Nordiska-Berlin 3:0 (1:0). 1922: Leipzig-Stötteritz—Kassel 06 4:1 (1:0). 1923: Leipzig-Stötteritz — Alemannia-Berlin 1:0 (0:0). 1924: Dresdner Sportverein 1910—Stern Breslau 6:1 (2:0). 1925: Dresdner Sportverein 1910—Stralau-Berlin 7:0 (3:0). 1926: Dresdner Sportverein 1910—Süden-Forst 5:1 (1:0). 1927: Dresdner Sportverein 1910—Nürnberg-West 4:1 (3:1). 1928: Adler 08 Berlin—Frankfurt a. M.-West-(Altona) 6:1 (1:0). 1931: Lorbeer 06 Ham—Fr. Turner Döbeln (Lausitz) 5:4 (2:0). 1930: Lausitz-Ost—Bahrenfelder Sportverein (Altona) 6:1 (1:0. 1931: Lorbeer 06 Hamburg—Pegau bei Leipzig 4:2 (1:2).

Kreisheim Turnerburg, Seiffen i. Erzgeb.

Die ehedem der Freien Turnervereinigung Chemnitz gehörige Turnerburg Seiffen ist in den Besitz des 4. Kreises übergegangen. Damit hat die Kreisverwaltung ein Heim der Arbeiterschaft erhalten, welches das größte und schönste unter allen Kreisheimen ist. An unseren Genossen und der gesamten Arbeiterschaft liegt es nun, für den Bestand des Heimes besorgt zu sein. Die Turnerburg liegt im Gebiet des Schwartenberges, herrliche Fußwanderungen lassen sich unternehmen: nach dem Schwartenberg 45 Minuten, nach Sayda 2 Stunden, nach Deutscheinsiedel 1 Stunde, nach Katharinenberg (Tschechoslowakei) 2½ Stunden, nach dem Mörtelgrund 1½ Stunde, nach Kreuztanne 2¼ Stunden, Tagestouren nach Rübenau, Zöblitz, Marienberg.

So ist die Turnerburg ein idealer Ferienaufenthalt und Zielpunkt für Wanderungen, Turnfahrten usw., so daß auch Spielmannschaften sich dort oben ein Treffen liefern können.

Uebernachtungspreise (einschließlich Bettwäsche) pro Person und Nacht 1 M., in Schlafsälen 80 Pf., Jugendliche 60 Pf. Zimmer zu 2, 3, 4, 5, 8 Betten, Schlafsäle von 10 bis 20 Betten. Brausebäder mit warmem und kaltem Wasser sind vorhanden. Bei Ferienaufenthalten wird auf Wunsch ein billiger Pensionspreis gewährt. Anmeldungen und Anfragen: Verwaltung der Turnerburg, Seiffen im Erzgebirge.

Die Toten auf Zeche Dorstfeld geborgen

Dortmund, 17. Mai 1932

Zu dem Seilfahrtunglück auf Zeche Dorstfeld wird ergänzend berichtet, daß die fünf Leichen in der Nacht zum Sonntag geborgen und zutage gefördert werden konnten. Die Körper der Verunglückten sind fast bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt. Die Aufräumungsarbeiten dauerten auch am Montag noch an.

Organisationsnachrichten

SAP

Bezirksverband Berlin-Brandenburg: Alle Ortsgruppen, die Abzeichen in Kommission genommen haben, werden gebeten, diese umgehend abzurechnen.

Mittwoch, 18. Mai:

Ortsgruppe Schöneberg-Friedenau (Abteilung Winterfeldt): MV 20 Uhr bei Geil, Merseburger Str. 7.

Ortsgruppe Berlin-Mitte: Die für heute vorgesehene Mitgliederversammlung findet nicht statt.

Ortsgruppe Cöpenick: 19.30 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal Augustin, Alter Markt. Thema: Situationsbericht. Referent: Gen. Müller.

Ortsgruppe Pankow: 20 Uhr im Heim, Mühlenstraße 77, Mitgliederversammlung. Sehr wichtige Tagesordnung: 1. Heimangelegenheiten; 2. Kassenangelegenheiten; 3. Verschiedenes. Erscheinen jedes Mitgliedes Pflicht.

Ortsgruppe Reinickendorf (Abtlg. Reinickendorf-West): M.-V. und Diskussionsabend, Lokal „Industriehof", Eichhornstraße. Pflichtversammlung. Sympathisierende willkommen.

Donnerstag, 19. Mai:

Ortsgruppe Friedrichshain (Abtlg. 4, mit Jugend): MV 20 Uhr bei Krugmann, Memeler Straße 63.

Ortsgruppe Schöneberg-Friedenau (Abt. Insel): MV 20 Uhr bei Gärtner, Naumannstraße, Ecke Gustav-Müller-Platz.

Antifaschistisches Kartell Wedding: 20 Uhr Ausspracheabend bei Dietrich, Buttmannstraße 5.

SJV

Heute, Mittwoch, 18. Mai, 19.30 Uhr:

Baltenplatz: Diskussionsabend.
Frankfurter Allee I: Reform oder Revolution.
Grünau-Falkenberg: Arbeitsgemeinschaft.
Lichtenberg: Unsere Stellung zu den Gewerkschaften.
Charlottenburg-Mitte: Arbeiter-Schützenbund.
Spandau: Aktivgruppe.

Mitteilungen der BL:

Alle Aufnahmen, die im Zeltlager gemacht wurden, sind an das Sekretariat zu schicken; Unkosten werden zurückerstattet. Besonders gute Aufnahmen werden im „Jungprolet" veröffentlicht.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Herbert Duckstein, für Inserate: Johannes Hoffmann. Verlag: Sichel Zeitungs-Verlagsges. m.b.H. Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. „SAZ. Sozialistische Arbeiterzeitung" erscheint täglich außer Montags.
Redaktion: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2904.
Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2905.
Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition RM. 2,40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM. 2,10 und RM. —,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM. 2,10 und RM. —,36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM. 2,10 monatlich zuzüglich RM. 1,30 Porto.
Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete.
Zahlungen sind zu leisten an den „Sichel-Zeitungs-Verlag" G. m. b. H., Postscheckkonto Berlin Nr. 399 82.

Staats-Theater
Oper U. d. Linden
Mittwoch, 18. Mai
8 Uhr:
Rigoletto

Schauspielhaus
a. Gendarmenmarkt
Mittwoch, 18. Mai
8 Uhr:
Der Liebestrank

Schillertheater
Charlottenburg, Bismarckstraße
Mittwoch, 18. Mai
8 Uhr:
Die Räuber

Volksbühne
Theat. a. Bülowpl.
D 1 Norden 2941
Mittwoch, 18. Mai
8¼ Uhr:
Sturm im Wasserglas

Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Telefon: Weichsel 3422
Mittwoch, 18. Mai
Donnerstag, 19. Mai
8.30 Uhr:
Weekend im Paradies
Gartenbühne
8.15 Uhr:
Zigeunerliebe

Werbt für die SAZ

KINO FÜR JEDERMANN
Potsdamer Str. 4, im Vorbau / am Potsdamer Platz B 1 Kurf. 2334
Harry Piel im Tonfilm
Der Geheimagent
mit Mary Solveig, Ferdinand Hart und Eduard von Winterstein
außerdem: großes Tonfilm-Kabarett, u. die neueste Ufa-Tonwochenschau
Jugendliche u. Erwerbslose 0,40 RM.
Tägl. ab 9 Uhr vorm. Sonntag. ab 3 U. nachm. bis 1 U. nachts.
Einzig. Tag- u. Nachtkino Berlins

Lichtspiele am Stettiner Bahnhof
Invalidenstraße 127
Tonfilm-Tageskino
Der König der Steppe
und
Madame hat Ausgang
Die neueste tönende Wochenschau

Kauft Gutscheine für den Pressefonds

M·I·L·A
Lichtspiel-Palast
Schönhauser Allee 130
Eine Woche Richard Tauber!
neuester, sensationeller Tonfilm-Erfolg:
„Melodie der Liebe"
mit Lien Deyers, Szöke Szakall
Auf der Bühne:
Gastspiel Wilhelm Bendow in seiner lustigen Szene Reise-Erlebnisse in Wort und Bild

PRATER Lichtspiele
Kastanienallee 7/9
Hochbahnhof Danziger Straße Autobus 9
des großen Erfolges wegen verlängert!
so haben Sie noch nie gelacht über Buster Keaton in
Casanova wider Willen
dazu:
Lien Deyers, Gustav Fröhlich in dem amüsanten Tonlustspiel:
Die verliebte Firma

Münz-Theater
Münzstr. 10
Tonfilm-Tageskino
des großen Erfolges wegen verlängert!
Der Sieger
mit Hans Albers
und
Dienst ist Dienst

Elysium-Lichtspiele
Prenzlauer Allee 56
Martha Eggerth, Max Hansen
in
„Der Frauendiplomat"
und
Die große Bühnenschau
Wochentags 5¹⁵ Uhr. Sonntags 3³⁰ Uhr.

Theater des Weddings
Müller-, Ecke Seestraße
Kameradschaft
und
Lügen auf Rügen

Haus Vaterland
Das Vergnügungs-Restaurant Berlins
Betrieb Kempinski

Pharus Lichtspiele
Müllerstraße 142
Dienstag bis Donnerstag:
Ein Lied, ein Kuß, ein Mädel
der große Operettenfilm mit Grete Keimer, Fritz Grünbaum, Tibor v. Halmai,
dazu:
Dick und Doof hinter Schloß und Riegel
Tonlustspiel in deutscher Sprache.
Ab Freitag:
Richard Tauber,
„Melodie der Liebe"

Das Hauptwerk des Historikers Pokrowski
Wir bieten den Genossen an:
M. Pokrowski
Geschichte Russlands von seiner Entstehung bis zur neuesten Zeit
Einzige autorisierte Uebersetzung von Alexandra Ramm.
Ein marxistisches, weitausholendes Monumentalwerk, das in klarer, jedem Proletarier leichtverständlicher Form die Klassenkämpfe in Rußland bis zum Siege der Oktoberrevolution schildert.
Das 629 Seiten starke, in Leinen gebundene Werk offerieren wir den Lesern der „SAZ" für nur 8 Mark (statt zwanzig Mark). Neu, in Schutzkarton, soweit Vorrat vorhanden! Bei Vorauszahlung portofrei! Bestellungen richte man an die
Versandbuchhandlung „DIE AKTION"
Bln.-Wilmersd., Nassauische Str. 17
(Postscheckkonto: Nr. 106206 Berlin)

Politisches Gauklertum

Was ist von der Chemnitzer „Opposition" übrig geblieben

Als die Vorgänge in der SPD zur Klärung drängten, schrieb die Chemnitzer „Volksstimme" am 26. September 1931 in einem Artikel „Dummes Geschwatz über Spaltung der Sozialdemokratie":

„Der Bezirk Chemnitz-Erzgebirge wird unbeirrt von den Vorgängen an seiner politischen Linie festhalten, wird für Meinungsfreiheit und Toleranz innerhalb der Partei kämpfen . . ."

Und in der Entschließung des Bezirksvorstandes vom selben Tag heißt es:

„Nach vie vor bekennt sich der Bezirk Chemnitz-Erzgebirge als Gegner der Tolerierungspolitik . . ."

In derselben Bezirksvorstandssitzung, in der der Bezirksvorsitzende Böchel sein Verbleiben in der SPD u. a. damit begründete, daß er zu alt und zu müde sei, um den Kampf und die Auseinandersetzungen mitzumachen, hat er auch geäußert:

„Die Opposition muß da sein, um der Partei ihren Willen aufzudrücken, wenn sie nach den Wahlen aus der Preußenregierung herausgeworfen wird."

Ist diese Opposition jetzt da? Nun, der Interessierte weiß, daß es sich bei diesen Beteuerungen nur um Phrasen handelte, dazu bestimmt, diejenigen, die bisher Böchels Oppositionsstellung für bare Münze genommen haben, zu betölpeln und sie zum Ausharren in der SPD zu bewegen. Das wurde nicht nur alsbald durch das über den Genossen Weckerle verhängte Rede- und Schreibverbot, sondern nicht minder eindringlich durch die weitere Haltung der Chemnitzer „Volksstimme" illustriert, die fürderhin jeden ernsthaften Kampf gegen die Tolerierungspolitik aufgab und beispielsweise am 16. Dezember 1931 offen erklärte, man müsse

„sich wohl oder übel der jetzigen Taktik als einer Zwangslage beugen und das Beste aus ihr zu machen versuchen."

Das war die vollkommene Kapitulation vor dem Reformismus der Parteiinstanzen, woran auch dadurch nicht das geringste geändert wird, daß ab und zu wieder revolutionäre Töne erklingen und wie in dem zitierten Artikel erklärt wird:

„Wo ist die Arena dieses Kampfes? Sie liegt immer noch in dem vom Volk gewählten Parlament, im Reichstag."

Daß es sich hierbei wirklich nur um Phrasen handelt, ergibt sich auch schon daraus, daß in derselben „Volksstimme" zwei Monate zuvor — am 17. Oktober — zu lesen war:

„Der Schwerpunkt der politischen Entscheidungen wird mehr und mehr außerhalb des Parlaments verlegt."

Am 19. November 1931 wiederum wurde in derselben „Volksstimme" versichert:

„Die demokratische Republik läuft auf einem furchtbar schmalen Grat und ihre Wächter sind drei Generale: Hindenburg, Groener und Schleicher. Und Hitler hat ihnen bereits seine Reverenz erwiesen."

Das war zweifellos richtige Erkenntnis. Indessen hat dieses den Artikelschreiber nicht gehindert, für Hindenburg die Propagandatrommel zu rühren, obwohl er noch am 16. Dezember 1931 ebenso richtig verkündet hatte:

„. . . daß eine Rückkehr zu den Gedankengängen der Volksgemeinschaft angesichts der blutigen Fratze des Faschismus nichts anderes als eine groteske Lächerlichkeit wäre."

Dieses dauernde Schwanken ist natürlich kein Zufall, sondern dahin muß jede Politik führen, die ihre Aufgabe darin erblickt, dem Parteivorstand bei der Durchführung seiner Politik keine ernsthaften Schwierigkeiten zu bereiten, und doch auch die revolutionäre Arbeiterschaft des Erzgebirges bei der Stange zu halten.

Wir sehen diese Verschwommenheit wieder bei der Betrachtung der Wahlergebnisse. Am 14. März 1931 heißt es im besten reformistischen Stil in dem Artikel: „Die Durchbruchsschlacht der Republikaner":

„Die Hakenkreuzfahne ist in Fetzen zerrissen! Der gefährlichste Feind der Arbeiterschaft, der brutalste Gegner der Republik, ist fürchterlich aufs Haupt geschlagen! Die Republikaner haben . . . endlich den Ausgangspunkt für ein neues demokratisches Deutschland geschaffen! — Die Götzendämmerung des Faschismus hat begonnen!"

Schon am 25. April 1932 muß aber die „Volksstimme" sich selber widerrufen. In einem Artikel: „Zwischen Weimar und Harzburg", verkündet sie:

„Es wäre ebenso falsch wie nutzlos, vor der Tatsache die Augen zu verschließen, daß der Faschismus bei den gestrigen Länderwahlen seine bisherigen starken Positionen noch wesentlich verbessern konnte. — Die Hoffnung, daß die im Dunkel der Präsidentenwahl auf Hitler gefallenen 6,8 Millionen Stimmen sich bei der Landtagswahl vermindern würden, hat völlig getrogen. — Ja, darüber hinaus ist es den Nationalsozialisten noch gelungen, am gestrigen Tage rund 1,2 Millionen Stimmen aufzuholen."

Dann kommen am 9. Mai in einem Artikel „Sozialistische Offensive" wieder revolutionäre Töne:

„Wir müssen auf der ganzen Linie zur Offensive übergehen . . . müssen den sozialistischen Weg aufzeigen . . . Nur mit der zusätzlichen Kraft der außerparlamentarischen Aktion . . . kann der jetzige Zustand der demokratischen Zerrüttung geändert und die Verfassung in ihre Rechte eingesetzt werden."

Ob ein Leser die „Volkstimme" nach solchen politischen Sprüngen überhaupt noch ernst zu nehmen vermag? Man möchte es nicht für möglich halten.

Als dann wenige Tage später die Generalskamarilla den Reichswehrminister Groener zum Rücktritt zwingt, bemerkt die „Volksstimme" zu diesem Vorgang:

„Was sich gestern in Deutschland abspielte, kann die Vorfrucht des Staatsstreichs sein, wenn die republikanische Mehrheit des Volkes sich nicht zum letzten, entscheidenden Kampf aufrafft."

Man sieht, die „Volksstimme" macht, hinsichtlich der politischen Bedeutung des Groener-Sturzes, noch einige Vorbehalte, aber sie wagt wenigstens dessen Sinn anzudeuten. Mehr freilich auch nicht, denn würde die „Volksstimme" ihren Lesern eingestehen, um was es sich hierbei wirklich handelt, dann würden diese darin einmal das logische Resultat der sozialdemokratischen Tolerierungspolitik erkennen und dann würde es dem Blatt auch schwer fallen, die Arbeiter auf einen Kampf der republikanischen Mehrheit zu vertrösten. In Wirklichkeit weiß natürlich auch die „Volksstimme" genau, was auf dem Spiele steht, aber weil sich als einzige Konsequenz eine vernichtende Kritik an der Politik der SPD und die Forderung nach sofortiger Formierung der Klassenfront des Proletariats ergäbe, deswegen deutet das Blatt nur als eine zukünftige Möglichkeit an, was bereits lebendige Gegenwart ist.

Die Lehre für die SPD-Arbeiter, die bisher der Meinung waren, diese Partei in ihrem Sinne beeinflussen zu können? Erkennt endlich, daß von innen heraus niemals der Apparatwille zu ändern sein wird — zieht aus der zwiespältigen und unentschlossenen Haltung der Linken ebenso die Konsequenzen, wie aus der falschen Taktik der Parteiinstanzen —, verläßt die SPD und kommt zu uns. Beherzigt den Aufruf unseres Parteivorstandes:

Der Feind steht rechts — der Feind ist der Kapitalismus! Sozialismus ist die Rettung!

Nazi-Rowdys vor Gericht

Der Prozeß gegen die Nazis, die am Tage vor der Wahl den SPD-Vorsitzenden Wels in Köln niederschlugen, ging noch am Sonnabendabend zu Ende. Dr. Ley wurde zu drei, Fuchs zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt.

Der längst als übler Raufbold bekannte Faschistenhäuptling Dr. Ley, wie auch der mitangeklagte Fuchs machten bei ihrer Vernehmung die blödesten Ausflüchte und stellten sich als gänzlich unschuldig hin. Nur „zufällig" wären sie ins Lokal gekommen. Reiner „Zufall" wäre es auch gewesen, daß kurz darauf noch eine weitere Rotte Nazis erschien.

Wels gab eine detaillierte Darstellung der Dinge. Man habe ihm vom Tisch Dr. Leys „Heil Hitler" zugerufen. Als er darauf an den Tisch getreten sei mit der Frage: „Wem gilt der Gruß, etwa mir?" hätte er einen Schlag aufs rechte Auge erhalten. Darauf seien vier oder fünf Mann über ihn hergefallen und er habe dann von Fuchs einen Schlag auf den Kehlkopf bekommen.

Seine Darstellung wird ergänzt von dem Polizeipräsidenten Bauknecht, der schildert, wie er mit der Weinflasche einen Schlag auf den Kopf erhielt.

Von den Zeugenaussagen ist die des Hotelpagen schwer belastend für Dr. Ley. Der Page sagt aus:

Dr. Ley hätte ein Telephongespräch geführt, um SA-Leute herbeizurufen. Dr. Ley habe diesen noch am Telephon gesagt, sie sollten nicht in das Lokal hereinkommen, sondern vor dem Lokal warten und möglichst die Nummer des Motorrades, das sie mitbringen sollten, fälschen. Der Page erkennt auch Fuchs bestimmt wieder als denjenigen, der Wels geschlagen hat.

Bei der weiteren Vernehmung der insgesamt 16 Zeugen fällt auf, daß die Aussagen der Nazi-Zeugen haargenau übereinstimmen. Alle haben nichts genaues gesehen, vor allem nicht, daß Fuchs geschlagen hat.

Im weiteren Verlauf der Beweisaufnahme machte Rechtsanwalt Wagner, der Rechtsbeistand der Nebenkläger, das Gericht darauf aufmerksam, daß unter Umständen nicht gefährliche Körperverletzung, sondern Landfriedensbruch in Frage komme. Es sei festgestellt, daß Dr. Ley Leute herbeigerufen habe, so daß es sich um eine öffentliche Zusammenrottung handele und die Anklage auszudehnen sei auf alle Anwesenden, insbesondere auf die später Hinzugekommenen.

Hier sprang der erste Staatsanwalt sofort für die Nazis ein, indem er erklärte, **daß eine Anwendung des § 125 StGB wohl nicht in Frage komme, da es sich um einen festen Personenkreis handele.**

In später Abendstunde fällte dann das Gericht das oben mitgeteilte Urteil.

Protest gegen Freidenkerverbot

Der sozialdemokratische Freidenker-Verband gegen das Verbot der kommunistischen Freidenkerorganisation.

Die Tagung des Deutschen Freidenkerverbandes am 7. und 8 Mai in Bielefeld nahm einstimmig eine Protestresolution an, in der es heißt:

„Durch Notverordnung des Reichspräsidenten vom 4. Mai 1932 sind die kommunistischen Gottlosenverbände aufgelöst worden. **Gegen diesen neuesten Handstreich im Rahmen der verhängnisvollen Notverordnungspraxis erhebt der Deutsche Freidenkerverband den allerschärfsten Protest.**

Wir fordern alle auf dem Boden der Demokratie stehenden Volksgenossen auf, sich diesem Protest anzuschließen und sich auch durch ihre subjektive Einstellung der kommunistischen Bewegung gegenüber in dieser Frage grundsätzlicher politischer Erwägungen nicht beeinflussen zu lassen.

Wir erblicken nur ein taktisches Manöver der Reichsregierung darin, daß sie den kommunistischen Charakter der von der Notverordnung betroffenen Verbände in den Vordergrund stellt.

In Wirklichkeit gehen die Pläne der hinter der Reichsregierung stehenden christlichen Kirche dahin, mit Hilfe des Staatsapparates die gesamte Freidenkerbewegung zu vernichten und jede antireligiöse und antikirchliche Propaganda unmöglich zu machen.

Diesen kulturreaktionären Plänen muß ein entschiedenes Paroli geboten werden. Darum ist es elementarste staatsbürgerliche Pflicht, den aus einseitiger kirchlicher Interessenpolitik entspringenden Maßnahmen der Reichsregierung **schärfsten Protest entgegenzusetzen."**

So erfreulich es ist, daß der Deutsche Freidenkerverband sich scharf gegen das Verbot der ihm feindlich gegenüberstehenden kommunistischen Gottlosenbewegung ausspricht, so muß doch gesagt werden:

Dieser Protest allein genügt nicht. Der DFV muß die politischen Konsequenzen ziehen.

Das heißt, er muß in seinem wie im Interesse der ganzen Freidenkerbewegung den aktiven Kampf gegen die Regierung und ihre Tolerierung führen.

Sie legen Berufung ein

Die von dem Schnellschöffengericht verurteilten Reichstagsabgeordneten Heines, Stegmann und Weitzel werden gegen das Urteil Berufung einlegen.

Wer ist Heines?

Der Mörder und Nazi-Abgeordnete Edmund Heines, der als Haupttäter an dem gestrigen Ueberfall auf den Herausgeber der „Antifaschistischen Presse-Korrespondenz" im Reichstagsgebäude betrachtet werden muß, hat eine außerordentlich bewegte Vergangenheit. Aus seiner Biographie tragen wir folgende interessante Züge nach.

Im September 1921 betätigte sich Heines, der vorher im Baltikum und in Oberschlesien „gekämpft" hatte, in München als Führer der 20. Hundertschaft (Roßbach) der nationalsozialistischen Sturmabteilung.

Mit seinen Leuten überfiel er das Hotel Grünwald, wo Mitglieder der Verbindungsstelle München der Interalliierten Militär-Kontroll-Kommission Aufenthalt genommen hatten, demolierte das Hotel und mißhandelte die fremden Soldaten. Eine Bestrafung des Heines wegen dieser Tat ist nicht erfolgt.

Vor seinem Auftreten in München war er als Führer unter dem Oberleutnant Roßbach auch in Pommern gewesen, wo Roßbach sein Freikorps als „Arbeitsgemeinschaft" auf den Gütern der Großgrundbesitzer untergebracht hatte. Finanziert war diese Unternehmung vom Landbund. Waffen waren von der Reichswehr gestellt, um sie dem Zugriff der Entwaffnungsorgane zu entziehen. Die Roßbacher bewachten diese Waffenlager.

Im Juli 1920 wurde der landwirtschaftliche Arbeiter Willi Schmidt, der sich unter die Roßbacher verirrt hatte und der beabsichtigte, sein Verhältnis zu dieser Bande wieder zu lösen, als angeblicher Verräter von Waffen durch Heines und eine Anzahl seiner Leute in den undurchdringlichen Kehrberger Forst (im Kreise Greifenhagen) verschleppt und dort durch zwei Revolverschüsse, die Heines eigenhändig abgab, getötet; die Leiche wurde verscharrt. Erst gegen Ende des Jahres 1927 kam durch Verrat eines der Beteiligten der Mord auf. Heines wurde verhaftet und vom 16. April bis zum 5. Mai 1928 vor dem Stettiner Schwurgericht prozessiert.

Heines, der geständig war, aber zu seiner Entlastung behaupten konnte, daß er im Sinne eines allgemeinen Reichswehrbefehls gehandelt habe, wurde zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Als die Schwurgerichtsverhandlung eines Formfehlers wegen wiederholt wurde, kam er sogar mit nur fünf Jahren Gefängnis davon, weil das Gericht ihm „glaubte", daß er im Affekt gehandelt habe und seine Tat so nicht als Mord, sondern bloß als Totschlag gewertet wurde. Nachdem Heines 1½ Jahre in Untersuchungshaft gesessen hatte — da seine Verteidiger Revision eingelegt hatten, war die Strafe noch nicht rechtskräftig geworden —, kam er am 14. Mai 1929 gegen Stellung einer Kaution frei. Im August des gleichen Jahres veröffentlichte er, anläßlich des Nürnberger Parteitages der Nationalsozialisten im „Völkischen Beobachter" einen Aufruf, in dem es hieß:

„Ich bin der alte geblieben, als der ich euch damals verließ . . . Mein Haß loht gleich tief in meinem Innersten gegen alle unsere Feinde. So rufe ich euch denn alle wieder, die ihr einst unter meiner Führung droben im Baltikum, in Oberschlesien und im Ruhrgebiet mit mir gekämpft habt, die ihr in München mit am Odeonsplatz standet . . . Wir wollen unter unserer alten Hakenkreuzflagge uns wieder sammeln und marschieren und kämpfen wie damals."

Keine Abstriche am Wehretat

Dagegen Ersparnisse an den Ausgaben für Volksbildung und Gesundheitswesen und erhöhte Subventionen für die Luftfahrtindustrie

Obwohl der neue Reichshaushalt zur Zeit noch Gegenstand von Kabinettsberatungen ist, wurde über seinen Inhalt schon genügend bekannt, um sich ein Urteil darüber bilden zu können.

Angeblich soll dieser Haushalt mehr noch als jeder vorhergehende im Zeichen der Einsparungen stehen. Das trifft auch auf die meisten Positionen zu. Eine Ausnahme machen nur diejenigen Teile, die mit den deutschen Rüstungen zusammenhängen.

So erscheint der Wehretat mit 657 Millionen RM. in genau derselben Höhe, wie im vergangenen Jahre

Auch auf die weitere Durchbuchstabierung des Panzerkreuzer-Alphabeths gedenkt man nicht zu verzichten. Ausdrücklich sind rund fünf Millionen RM. als erste Rate für Bau und Ausrüstung des Panzerkreuzers C (Ersatz „Braunschweig") vorgesehen. Erhöhungen weist auch der Luftfahrt-Etat auf, und zwar um 2,3 Mill. Diese größere Beanspruchung von Mitteln findet ihre Erklärung vor allem in einer Erhöhung der Subventionen an die Luftfahrtindustrie.

Der Etat des Reichsministeriums des Innern ist ebenfalls etwas höher als im Vorjahr, was sich einmal aus der Aufnahme eines Postens in Höhe von 1 500 000 RM. für Beamte „der körperlichen und geistigen Ertüchtigung der Jugend" und eines anderen Postens in Höhe von 300 000 RM. „für Vorbereitungsmaßnahmen zum Schutze der Zivilbevölkerung gegen Gefahren aus der Luft" erklärt. Was von diesen beiden Posten zu halten ist und daß sie schon angesichts ihres Zweckes eigentlich in den Wehretat gehören, bedarf keiner weiteren Darlegungen.

Aber es wird auch gespart.

Die Mittel zur Förderung der Volksbildung werden um 270 000 RM., die Mittel zur Förderung des Gesundheitswesens um 250 000 RM. gesenkt.

Es genügt, diese Positionen zu betrachten, um auch von dieser Seite aus den Kurs zu erkennen, den das Kabinett steuert.

Die 4. August-Front der Arbeitsdienst-Freunde

G.H. Die neue nationalsozialistische und kriegerische Welle, die durch Deutschland geht und die in ihrem Niederschlag in dem sozialdemokratisch-nationalsozialistischen Wettlauf um die „nationale Zuverlässigkeit" ihren Niederschlag findet, zeigt sich auch sehr eindeutig in der sich herausbildenden Front für den Arbeitsdienst. Die reformistische Führerschaft gliedert sich immer deutlicher in diese Front ein.

So bringt der „Abend"-Vorwärts vom 2. Mai einen zweispaltigen Artikel **„Freiwilliger Arbeitsdienst? Erfahrungen eines Republikaners"** von einem gewissen Kurt Bley, der eine einzige Verherrlichung des freiwilligen Arbeitsdienstes ist. In der Einleitung wird zwar vor „Illusionen über den freiwilligen Arbeitsdienst" gewarnt, aber der weitere Inhalt des Artikels besagt das gerade Gegenteil. Es wird das Arbeitslager des „Deutschen Republikanischen Studentenbundes", einer Organisation, der auch die SPD-Studenten angehören, in Emsland geschildert und daraus die Schlußfolgerung gezogen:

„Das Experiment des republikanischen Studentenlagers ist gelungen. Die Gefahren des Arbeitsdienstes sind aus eigener Initiative überwunden worden. Unsere Massenorganisationen haben jetzt das Wort . **Fassen wir nicht zu, dann wird es die Reaktion tun, die schon einen erheblichen Vorsprung hat. Ueberläßt man die Lagerbewegung der Regierungsbürokratie oder gar der Dinta und den Faschisten, dann feiert Himmelstoß, der ewige Unteroffizier, fröhliche Auferstehung. Packen wir selbst an, dann schaffen wir eine Armee des Friedens, eine lebendige soziale Gemeinschaft."**

An anderer Stelle erklärt der Verfassen ausdrücklich:

„Sind die notwendigen Sicherungen gegen eine reaktionäre Ausdeutung des Arbeitsdienstes geschaffen, **dann kann die Bewegung außerordentlich segensreich wirken.** Ihr großer sozialpädagogischer Wert ruht darin, daß der erwerbslose Jugendliche aus der Lethargie dauernden Nichtstuns herausgerissen wird und im Kreise gleichaltriger Kameraden und Genossen sinnvolle Beschäftigung findet."

Die „Sicherungen" gegen den Lohndruck sieht er in dem zusätzlichen Charakter der Arbeit und in ihrer „Gemeinnützigkeit", die „Sicherung" gegen Militarisierung in der Freiwilligkeit. Was er dabei nicht untersucht, ist erstens die Frage, woher die Mittel kommen und zweitens, wie denn der Begriff der „Gemeinnützigkeit" festgestellt werden soll. **Die Mittel werden der Arbeitslosenversicherung entnommen, also den Arbeitslosen entzogen** und über die „Gemeinnützigkeit" entscheiden kapitalistisch orientierte Instanzen. Vor allem aber ist der „freiwillige" Arbeitsdienst der beste Wegbereiter der Arbeitsdienstpflicht.

Das wird ganz besonders deutlich aus einer **Veröffentlichung des Stahlhelms** im Maiheft des „Deutschen Arbeitsdienst", der „Ueberparteilichen Fachzeitschrift für Arbeitsdienst und Siedlung". Der Stahlhelm erklärt dort, daß er die bisherigen Versuche des freiwilligen Arbeitsdienstes nicht deshalb mit durchgeführt habe, „weil er geglaubt hätte, daß sich auf der Basis der bisherigen Grundsätze wirtschaftlich oder volkserzieherisch Wesentliches hätte erreichen oder verbessern lassen, vielmehr weil die Versuche gewissenhaft durchgeführt werden mußten, um Fehler und richtige Lösungen durch Tatsachen zu beweisen." **Der Stahlhelm knüpft daran die Forderung nach der echten Arbeitsdienstpflicht."**

So bildet sich eine Front vom Stahlhelm und den Nazis bis zu den reformistischen Führern für den Arbeitsdienst heraus. Was dabei herauskommen kann und wird, das wird nicht viel anderes sein als eine neue schwarze Reichswehr unseligen Angedenkens. Die Arbeiterschaft, vor allem die sozialdemokratischen Arbeiter, **müssen das Zustandekommen dieser Front durchkreuzen und den Kampf gegen die drohende Arbeitsdienstpflicht aufnehmen.**

Reaktion bei der Reichsanstalt

Massen-Kündigungen und Urlaubseinschränkung Rückwirkender Gehaltsabbau

Die Verwaltung der Reichsanstalt für die Arbeitslosenversicherung ist zwar nach dem Wortlaut des Gesetzes sehr „demokratisch" aufgebaut. Die Vertreter der Arbeiter bzw. ihrer Organisationen haben die Hälfte der Sitze in den Verwaltungskörperschaften inne. Doch es gibt kaum eine reaktionärere, brutalere Behörde im Reich als die der Reichsanstalt. Sie ist sowohl den Arbeitslosen wie auch der Masse ihrer unteren, im schwersten Dienst stehenden Angestellten gegenüber jeglichen sozialen Fühlens und Denkens bar. Oeffentliche Kritik, selbst tausendfache Proteste läßt die mit Riesengehältern ausgestatteten „Direktoren" und „Präsidenten" der Reichsanstalt und der einzelnen Landesarbeitsämter kalt. Sie „verordnen" schlimmer als ein mittelalterlicher Despot selbstherrlich. Ob dabei Hunderttausende von Arbeitslosen in Verzweiflung und Tod getrieben, ob die unteren Arbeitsamtangestellten unter der Last ihrer nervenzerreibenden Arbeit und infolge ungenügender Bezahlung zugrunde gehen, das rührt diese „Herren" nicht.

Um die Angestellten kirre zu machen und um ihnen den Urlaub zu stehlen, wurden in sämtlichen Arbeitsämtern im Reich Massenkündigungen vorgenommen. Angeblich „wegen des zu erwartenden Rückgangs der Arbeitslosigkeit". (!!) Die Folge dieser Kündigung ist, auch wenn die Entlassung nicht durchgeführt wird, daß die davon Betroffenen nicht den ihnen zustehenden, für das ganze Jahr berechneten Urlaub, sondern jetzt nur einen Teil (bis zu ihrem Kündigungstermin berechnet) bekommen. Man will damit vor allem Urlaubsvertretungen sparen.

Noch toller ist aber der neueste Schlag gegen die Gehälter der Angestellten.

Ende des Jahres 1927 wurde für die Angestellten der Reichsanstalt ein Reichstarifvertrag abgeschlossen, der die Gehalts- und Arbeitsbedingungen einheitlich gestaltete. Die §§ 19 bis 21 des Tarifvertrages enthalten Anweisungen über die Art der Festsetzung der Grundvergütungssätze. § 19 lautet: „Der Angestellte wird unbeschadet des § 42 Abs. 1, soweit der Vorschlag zur Einstellung nicht von einem Verwaltungsausschuß ausgegangen ist, im Benehmen mit der gesetzlichen Angestelltenvertretung in der Regel vor der vertraglichen Verpflichtung in die Vergütungsgruppen eingereiht. Für die Einreihung in die Vergütungsgruppen nach Anlage 1 (Vergütungsordnung) ist ausschließlich die Art der Tätigkeit maßgebend, die der Angestellte dauernd und überwiegend ausübt." Der § 21 lautet: „Dem Angestellten sind die Vergütungsgruppe, in der er eingereiht ist, und die ihm zustehende Grundvergütung unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Soweit nach § 19 das Benehmen mit der gesetzlichen Angestelltenvertretung erforderlich ist, muß die Mitteilung erkennen lassen, daß der Angestellte unter Beachtung dieser Bestimmung in die Vergütungsgruppe eingereiht und der Grundvergütungssatz vorbehaltlich einer Nachprüfung (!!) festgesetzt ist."

Jetzt ist — wie uns aus dem Landesarbeitsamt Köln gemeldet wird — mit brutaler Hand zugefaßt und einer Reihe von Angestellten die Mitteilung gemacht worden, daß durch die „spätere Nachprüfung" der Grundvergütungssatz abgeändert worden ist. Das Dienstalter ist für die Jahre, die vor der Tätigkeit beim Arbeitsamt abgegolten sind, um die Hälfte herabgesetzt. Nicht nur eine Zurückstufung (Gehaltsabbau) ist dadurch erfolgt, sondern jetzt nach vier Jahren muß

das bisher dadurch „zuviel" bezogene Gehalt zurückerstattet werden.

Kategorisch wird dem Angestellten die Mitteilung gemacht und diese Handlung von Amts wegen in Kraft gesetzt. Der Betrag wird in Raten vom Gehalt abgezogen und beträgt für den einzelnen Angestellten bis zu 1000 Mark. Eine große Panik ist selbstverständlich unter den Angestellten ausgebrochen.

Daß dagegen nicht nur die Angestellten der Reichsanstalt geschlossen, sondern auch die Angestelltenverbände mit allen Mitteln ankämpfen müssen, ist selbstverständlich.

Eingeständnis des Bankrotts

Von der Führung des Baugewerkbundes

„Auch die Berliner Bauarbeiter haben längst begriffen, daß ihre Löhne politische Löhne sind, und daß im Augenblick die deutsche Arbeiterschaft nicht die Macht hat, die politische Lohngestaltung in ihrem Sinne zu beeinflussen."

Das steht wörtlich im „Vorwärts" vom 15. Mai in einer Notiz „Nach dem Bauarbeiterschiedsspruch." Ergänzt bzw. noch klarer wird die Sache, wenn man an anderer Stelle derselben Notiz liest:

„Die Obleute haben trotzdem beschlossen, allen Berliner Bauarbeitern zu empfehlen, die Arbeit auf den Baustellen fortzusetzen, selbst dann, wenn die Unternehmer die gekürzten Löhne schon vor der Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches auszahlen sollten. Der Beschluß wurde aus der ganz nüchternen Ueberlegung heraus gefaßt, daß das Reichsarbeitsministerium dem Abbauschiedsspruch, den der von ihm bestellte Sonderschlichter gefällt hat, die Verbindlichkeitserklärung todsicher folgen läßt, weil sich der Reichsarbeitsminister die „vernünftige Neuordnung der Löhne in einzelnen hauptsächlich für den Binnenmarkt arbeitenden Industrien" in den Kopf gesetzt hat."

Wohl selten ist das Eingeständnis des völligen Bankrotts der reformistischen Gewerkschaftsführung so kraß und eindeutig formuliert zum Ausdruck gebracht worden wie hier. Der bei den Reformisten zur Phrase für ihre Passivität benützte Begriff „politischer Lohn" muß also bei ihnen jetzt herhalten, um das denkbar feigste Zurückweichen vor Stegerwald zu decken. Praktisch handeln alle Gewerkschaftsführungen seit Jahren nach diesem Rezept, wenn sie es auch noch nie so offen ausgesprochen haben.

Um was geht es hier? Bekanntlich wurden in allen Bezirken des Reichs und auch für die Bauarbeiter Berlins Schiedssprüche gefällt, die in bezug auf die Höhe des Lohnabbaues (bis zu 35 Prozent) alles Bisherige in den Schatten stellen. Der Baugewerkschaftsbund hat formell überall diese Schiedssprüche abgelehnt, während die Unternehmer ihre Verbindlichkeitserklärung beantragt haben. Doch noch vor den am 19. Mai beginnenden Verhandlungen über Verbindlichkeitserklärung kürzten die Unternehmer die Löhne. Statt das zum Anlaß zu nehmen, um hier überall den Widerstandskampf mit allen Mitteln durchzuführen, begünstigt die Verbandsführung nicht nur die Verbindlichkeitserklärung, indem sie diese jetzt schon als „totsicher" hinstellt, sondern sie fällt den zum Widerstand und Streik entschlossenen Bauarbeitern in den Arm. Georg Elert, der Vorsitzende des Berliner Bezirksvereins hat an die Belegschaften der Berl. Baugesellschaft und Ph. Holzmann, die schon Streikbeschlüsse gefaßt hatten, geschrieben:

„...Wir fragen Euch: Wer jubelt über Euren Beschluß? Nur die Reaktionäre!

Die Verhandlungen über die von den Unternehmern beantragte Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches beginnen voraussichtlich am 19. d. M. und ist diese also nur eine Frage von 2—3 Tagen. Ist diese ausgesprochen, dann ist der Lohnkampf beendet, weil dann ein rechtsverbindlicher Lohntarif vorhanden ist.

Kollegen! Wollt Ihr für die paar Tage Kampfbegeisterung Eure Arbeitsstelle aufs Spiel setzen und zwecklose Opfer bringen?"

Also nichts, einfach gar nichts machen gegen 15, 20 und mehr Prozent Lohnabbau, der „Lohnkampf" wird nur vor dem Schlichter geführt, und da ist in 2—3 Tagen doch alles zu Ende. Das sagt einer der größten Verbände der freien Gewerkschaften.

Gewiß ist es zur Zeit, angesichts der riesigen Arbeitslosigkeit im Baugewerbe, sehr schwer, Streiks zu führen. **Aber unzählige, zur Zeit ohne und gegen den Willen der BGB-Bürokratie geführte Streiks enden mit Teilerfolgen.** Ein Beweis, daß mit der Führung des BGB durch Streiks noch viel mehr zu erreichen wäre und daß trotz aller Schwierigkeiten auch im rein gewerkschaftlichen Kampf im Baugewerbe noch zahlreiche Erfolgsmöglichkeiten bestehen. **Das Entscheidende aber ist, daß eben alles getan werden muß, um die Macht der Arbeiterklasse bei der politischen Lohngestaltung einzusetzen.** Gerade die jetzige Situation, die ungeheure Empörung der Bauarbeiter, wäre äußerst günstig, um die Teilstreiks zu großen Aktionen bis zu politischen Massenstreiks mit konkreten politischen Kampflosungen gegen die Regierungsmaßnahmen weiterzutreiben. Nur so, nicht mit dem Stimmzettel, ist der politische Lohn zugunsten der Arbeiter zu ändern.

Immer tollere Lohnräuberei

TU. Dresden, 14. Mai 1932

Der zur Schlichtung der Lohnstreitigkeiten im sächsischen Baugewerbe bestellte Sonderschlichter, Professor Kramer-Breslau, fällte einen Schiedsspruch, durch den **die Bauarbeiterlöhne in der Spitze um etwa 16 vH. gesenkt** werden. Die neuen Löhne sollen am 19. Mai in Kraft treten.

Für das Maler- und Anstreichergewerbe in Rheinland-Westfalen wurde ein Schiedsspruch gefällt, der Höchststundenlöhne von 86 bis 92 Pfennig, d. h. einen **Abbau von 20 und mehr Prozent vorsieht.**

Im Stuck- und Putzgewerbe für das Rheinland soll durch Schiedsspruch der Lohn in der Spitze **um 55 Pfennig pro Stunde gekürzt** werden.

Die Schlichtungsverhandlungen im Ruhrbergbau über den Manteltarif und die Lohnordnung sind auf den 19. und 20. Mai angesetzt worden. Nachdem die direkten Verhandlungen gescheitert sind, war zu erwarten, daß dem Schlichter wieder die Entscheidung zufallen soll. Wenn die Gewerkschaften bis dahin nicht klar zum entschlossenen Abwehrkampf Stellung nehmen und dazu alle, auch die Arbeitslosen mobilisieren, kommt todsicher ein ganz gefährlicher Schiedsspruch, worin besonders die von den Unternehmern geforderte „Auflockerung" des Tarifs eine große Rolle spielen dürfte.

KPO-Schwindelei

Von der SAP-Bezirksleitung Halle wird uns geschrieben:

Wir erhalten als Bezirksleitung der SAP erst jetzt Kenntnis von einer Notiz in der „Arbeiterpolitik", überschrieben: „Ein SAP-Schwindel über die KPD-O im DMV Halle". Wir haben darauf zu erwidern:

„In der „SAZ" vom 28. April hatten wir festgestellt, daß die Ortsverwaltung des DMV Halle — die sich in ihrer Mehrheit aus Genossen der KPO zusammensetzt — die Durchführung einer Maidemonstration der Gewerkschaften unter Führung der „Eisernen Front" unterstützt habe. Die „Arbeiterpolitik" macht daraus eine persönliche Hetze gegen den Genossen Heyen. Sie schreibt:

„Heyen ist genau bekannt, daß der DMV Halle, als die „Eiserne Front" angekurbelt wurde, den Beitritt in einer Mitgliederversammlung mit großer Majorität ablehnte."

Diese Tatsache ist von uns nie bestritten worden. Die „Arbeiterpolitik" behauptet aber sehr unvorsichtigerweise — sie kennt doch ihren Freund König —, daß die Aufforderungen der Ortsverwaltung zur Teilnahme an der Demonstration ohne Wissen der KPO-Ortsverwaltungsmitglieder ergangen sei. Wir sind demgegenüber in der Lage, der „Arpo" außer dem Rundschreiben, das die Unterschrift der Ortsverwaltung trägt, auch noch eine weitere Aufforderung an die jugendlichen Metallarbeiter vorzulegen, die von dem DMV-Angestellten König namentlich unterzeichnet ist. König ist bekanntlich der Bezirksleiter der KPO. Das ist der unumstößliche Beweis, daß die KPO verantwortlich ist.

Wenn die „Arpo" weiter behauptet, H. habe in SAP-Wahlversammlungen gesagt, daß KPO und SAP gemeinsame Listen aufgestellt hätten, so sagt sie bewußt die Unwahrheit. Der Genosse H. sprach zufällig nur in solchen Orten, in denen die KPO weder Ortsgruppen noch Einfluß hat, so daß kein Grund vorlag, die KPO zu erwähnen. Wenn bei der Spaltung der KPO im Bezirk Halle-Merseburg über die Herausgabe des Materials (Schreibmaschine usw.) Differenzen entstanden, so lag das an der Hartnäckigkeit der KPO-Mehrheitler, die erst nach ihren vergeblichen Gerichtsprozessen einsehen mußten, daß eine gütliche Einigung das zweckmäßigste sei. Diese Einigung ist erfolgt, bevor die „Arpo" ihren Schwindel verbreitete. Eine ebenso faustdicke Lüge ist es, daß H. einem Vertreter der KPO in der SAP-Versammlung in Halle das Wort verweigert habe. Heyn war nämlich in dieser Versammlung gar nicht anwesend.

Zur Zusammenlegung der Verwaltungsstellen des DMV Halle und Merseburg, durch die die kommunistische Mehrheit in Halle beseitigt werden soll, fragen wir die „Arpo", wie ihre Genossen in der Ortsverwaltung **dieser Zusammenlegung zustimmen konnten.** In der Generalversammlung des DMV Halle konnte das Hauptvorstandsmitglied Tost ausdrücklich feststellen, daß die Ortsverwaltung ihre Zustimmung zur Vereinigung von Halle und Merseburg gegeben hat. **Von den sechs KPO-Ortsverwaltungsmitgliedern machte kein einziger seinen Widerspruch gegen diese Feststellung geltend.** Sie sprachen auch in der Diskussion nicht gegen die Zusammenlegung, so daß es der Bürokratie gelang, ohne Abstimmung über diesen Punkt hinwegzugehen. Die Zusammenlegung ist inzwischen zur Tatsache geworden, und es ist nur eine billige Phrase, wenn die „Arpo" schreibt, „wir nehmen den Kampf auf und glauben, daß die DMV-Kollegen uns helfen, die oppositionelle Ortsverwaltung zu erhalten". Die Ortsverwaltung selbst hat diesen Kampf inzwischen aufgegeben.

Leser werbt für die SAZ